

**Situations- und Ressourcenanalyse
für den Lokalen Aktionsplan im Landkreis Sömmerda**

**im Rahmen
des „Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“**

**Martina Weise-Watzek
im Auftrag des Jugendamtes Sömmerda**

Sömmerda Januar 2012

Situations- und Ressourcenanalyse
für den Lokalen Aktionsplan im Landkreis Sömmerda

INHALTSVERZEICHNIS

1. Einleitung	4
2. Situationsanalyse	7
2.1. Sozialstrukturelles Profil des Landkreises	7
2.2. Bildung, Erziehung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen als Handlungsfeld zur Demokratiestärkung, Werte- und Vielfaltförderung	15
2.2.1. Beschreibung des basalen, elementaren und primären Bildungsbereiches im Landkreis Sömmerda	16
2.2.2. Experteninterviews – Ergebnisse zur Situation in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen	21
3. Ressourcenanalyse	53
4. Zusammenfassung der Ergebnisse	56
5. Empfehlungen für eine lokale Gesamtstrategie (Schlussbetrachtung)	60
6. Literatur	70

Anhang

1. Einleitung

Die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse zur Vorbereitung des Lokalen Aktionsplans im Landkreis Sömmerda wurde im Rahmen des „Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit“ erstellt.

Die Situations- und Ressourcenanalyse setzt bewusst nicht an der Betrachtung einer umfassenden Gesamtschau des Problemkomplexes „Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ im Landkreis Sömmerda an, sondern rückt unter dem präventiven Aspekt frühkindliche Bildungsprozesse in den Mittelpunkt der Betrachtung. Diese Herangehensweise begründet sich in den Bestrebungen des Landkreises Sömmerda zur Beteiligung am Landesprogramm. Von Beginn an wurde der Schwerpunkt auf Demokratiestärkung sowie Werte- und Vielfaltförderung im Bereich der basalen, elementaren und primären Bildung gelegt. Präventive Ziele und Strategien werden vom Landesprogramm als ein Handlungsfeld zur Stärkung demokratischer Strukturen formuliert (vgl. Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit, Ziffer 3.1).

Im Bereich der Früherziehung und der vorschulischen Bildung unterstützt das Landesprogramm insbesondere zielgruppen- und lernortspezifische Aktivitäten, die demokratische Beteiligungsformen entwickeln und einüben, Achtung, Respekt, Empathie und Toleranz fördern, interkulturelle Erfahrungsräume anbieten, Vielfalt und Differenz als Bereicherung betrachten und erfahrbar machen sowie zu einer entsprechenden Qualifizierung des Fachpersonals in der Aus- und Weiterbildung beitragen. Hinsichtlich der schulischen Bildung möchte das Thüringer Landesprogramm zu einer demokratischen und gewaltfreien Schulkultur beitragen, demokratiepädagogische und inklusive Konzepte im Unterricht und im Schulleben unterstützen sowie spezifische Formen der schulischen Partizipation fördern.

Bereits in dem durch die *Friedrich-Schiller-Universität Jena* in Zusammenarbeit mit dem *ISS Frankfurt* im Jahr 1999 durchgeführten Forschungsprojekt zu „Ausgangslagen und Entwicklungen rechtsextremer Einstellungen und Wahlpräferenzen bei jungen Menschen und daraus abzuleitende Handlungsfelder und Maßnahmen für die Jugendhilfe“ wurde festgestellt, dass rechtsextreme Orientierungen Jugendlicher aus dem Landkreis Sömmerda sich im stärkeren Maße aus ihrem familiären Kontext

speisen. Diese Jugendlichen sind stärker mit einer Erziehung konfrontiert, die Gehorsamkeit und Unterordnung verlangt und weniger Raum für Mitbestimmung lässt. Dieser Befund kann auch nach 10 Jahren noch als ein gewichtiger Indikator für die Bedeutung einer frühzeitigen Demokratieerziehung gewertet werden. In Kindertageseinrichtungen und Grundschulen erfolgt die frühe Förderung eines demokratischen Bewusstseins, soziales Lernen, Umgang mit kultureller Vielfalt oder das Einüben von Konfliktbewältigungsfähigkeiten. Wenn diese sozialen Kompetenzen bewusst gefördert werden, kann damit ein Beitrag zur Verhinderung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in späteren Jahren geleistet werden. Demokratie von Anfang an bedeutet, dass alle, die in der sensiblen Zeit der frühkindlichen Bildung und Erziehung eingebunden sind, eine besondere Verantwortung tragen. Das bei den Kindern angelegte Erfahrungs- und Verhaltensrepertoire trägt nicht nur wesentlich zu den individuellen Entwicklungschancen der Kinder bei, sondern gestaltet auch die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft mit.

Ausgangspunkt der vorliegenden Situations- und Ressourcenanalyse ist die Abbildung der sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen im Landkreis Sömmerda, um Wissen über regionale Voraussetzungen und Problemlagen des Landkreises zu erlangen. Dieser Ansatz ist insbesondere für den regionalen Zuschnitt des zu entwickelnden Lokalen Aktionsplanes bedeutsam. Darüber hinaus ist zu bedenken, dass infrastrukturelle und sozio-ökonomische Faktoren unterschiedliche Auswirkungen auf das Aufwachsen von Kindern und ihren Familien haben. Sozioökonomische Vielfalt schafft unterschiedliche Chancen im Kontext von Bildung, Erziehung und Betreuung.

Den Schwerpunkt der Situationsanalyse für den Landkreis Sömmerda bildet eine qualitative Analyse zum Stand und den Formen der Demokratieerziehung in Kindertageseinrichtungen und in den Grundschulen des Landkreises. Die Erhebung beinhaltet überdies Aspekte der Partizipation von Kindern und Eltern sowie der Werte- und Vielfaltförderung. Die konzeptionelle Ausrichtung der jeweiligen Einrichtung wurde einbezogen, um diese im Hinblick auf eine demokratische Erziehung und Bildung zu prüfen. Die Einschätzungen der pädagogischen Fachkräfte sollen komplementäre Perspektiven auf lokale Entwicklungen eröffnen.

Anknüpfend folgt eine Ressourcenanalyse, die schon bestehende Aktivitäten und Potenziale für die Stärkung von Demokratie und Toleranz im Landkreis beschreibt. Bestehende lokale Netzwerke und Strukturen, Handlungsansätze, laufende Maßnahmen, zivilgesellschaftliche Initiativen und weitere Ressourcen werden erfasst und mit Blick auf eine lokale Gesamtstrategie bewertet.

Auf der Grundlage der Befunde und aus den aufgezeigten lokalen Potenzialen werden Handlungsempfehlungen abgeleitet, die richtungsweisend für die Entwicklung und Umsetzung einer Gesamtstrategie im Landkreis Sömmerda sind. Innovative und kreative Ressourcen sollen dabei besonders erschlossen bzw. aktiviert werden.

2. Situationsanalyse

2.1. Sozialstrukturelles Profil des Landkreises

Der Landkreis Sömmerda zählt zu den wenig dicht besiedelten Landkreisen. Mit Stand 31.12.2010 leben 72.877 Menschen im Landkreis, wobei davon 13,5 Prozent Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind.

Die Bevölkerung ist vergleichsweise jung, es gibt überdurchschnittlich viele Personen bis 18 Jahre und auch bis unter 25 Jahre, aber vergleichsweise weniger Personen im Alter von 65 Jahren und älter (Jugendquotient 26,8 gegenüber Altenquotient 46,4 im Jahr 2010). Dennoch wird auch der Landkreis Sömmerda in der Prognose bis 2025 etwa 16 Prozent verlieren, was nur etwas weniger ist als im Durchschnitt der anderen Landkreise. Entsprechend den prognostischen Daten der *12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung* des Thüringer Landesamtes für Statistik ist für die Altersgruppe der jungen Menschen unter 20 Jahren ein Rückgang um 28 Prozent bis zum Jahr 2030 zu erwarten. Der Anteil der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung im Landkreis wird bereits im Jahr 2025 auf 12,9 geschätzt.

Nachdem im Vorjahr 2009 die niedrigste Geburtenrate (542 Geburten entspricht 7,4 Geburten je 1000 Einwohner) der letzten 10 Jahre zu verzeichnen war, ist für das Jahr 2010 eine deutliche Zunahme um 8 Prozent zu konstatieren. Das Ergebnis der Berechnung der Geburten je 1000 der Einwohner mit einem Wert von 8,1 verdeutlicht eine steigende Geburtenentwicklung für den gesamten Landkreis.

Die Zu- und Fortzüge bezogen auf Thüringen und den Landkreis Sömmerda zeigen insbesondere Binnen-Wanderungen. Je 1000 der Einwohner konnten für das Jahr 2010 insgesamt 23,2 Zuzüge gegenüber 30,9 Fortzügen verzeichnet werden.

Im Landkreis leben zum Stand 31.12.2010 insgesamt 543 Ausländer (332 männlich und 211 weiblich). Mit 0,7 Prozent Ausländeranteil ist im Landkreis Sömmerda weniger als jede 10. Person nicht-deutsch, während der Durchschnitt für Thüringen insgesamt 2,2 Prozent beträgt. Der Ausländeranteil im Landkreis Sömmerda ist der geringste landesweit. Betrachtet man den Anteil, den die jeweiligen Ausländerinnen und Ausländer an ihrer Altersgruppe insgesamt haben, dann ist der Ausländeranteil in der

Gruppe der 25 bis unter 45jährigen am höchsten, im Landkreis liegt er bei 1,3 Prozent.

Gut jeder vierte Haushalt (27%) ist ein Einpersonenhaushalt, landesweit ist das mit Abstand der kleinste Wert. In annähernd jedem dritten Haushalt leben Kinder unter 18 Jahren. Zu dem Bild passt, dass die Zuzüge in den Altersklassen von unter drei Jahren, drei bis unter sechs Jahren und der unter 18jährigen insgesamt höher als die Fortzüge sind, in den höheren Altersgruppen ist es umgekehrt.

Im Landkreis Sömmerda werden die Familien und Kinder im Bereich der Bildung und Betreuung gut erreicht. Aktuell bestehen im Landkreis Sömmerda 51 Kindertageseinrichtungen und 12 Kindertagespflegestellen, in welchen immerhin 48 Prozent der unter 3-Jährigen Kinder und 97 Prozent der 3- bis unter 6 Jährigen betreut werden. Die Besuchsquoten beider Altersgruppen liegen deutlich über dem Durchschnitt in Thüringen. Für den Landkreis Sömmerda ist zu konstatieren, dass mit zunehmendem Lebensalter die Besuchsquote steigt. Wird die Altersgruppe der unter einjährigen Kinder nicht berücksichtigt, ergibt sich für den Landkreis eine Besuchsquote von immerhin 93 Prozent.

Das Schulnetz des Landkreises Sömmerda bietet ein flächendeckendes Angebot von Grund-, Regel- und Förderschulen sowie Gymnasien, welches verbunden mit der organisierten Schülerbeförderung allen Schülern der Region zur Verfügung steht. Im Grundschulbereich nutzen an den insgesamt 16 Grundschulstandorten die überwiegende Mehrheit der Kinder das Angebot einer Ganztagsbetreuung. Ausgehend von der tatsächlichen Anzahl der Grundschüler von 2.170 ergibt sich eine Inanspruchnahmequote von 83 Prozent.

Bezüglich der Schulabschlüsse ist zu konstatieren, dass der Anteil derjenigen, die keinen Hauptschulabschluss erreichen dem Durchschnittswert für Thüringen entspricht (Landkreis 9,5%), aber es sind auffallend viele Jungen darunter. Etwas unter dem Durchschnitt liegt der Abschluss Abitur mit 33,1 Prozent bezogen auf die Gesamtanzahl der Absolventen im Schuljahr 2009/2010, hier finden sich überdurchschnittlich viele Mädchen.

Der *Deutsche Lernatlas 2011* ordnet den Landkreis Sömmerda in Bezug auf die Dimension Schulisches Lernen, im Ranking der Vergleichsgruppe von Kreisen im länd-

lichen Umland, auf Platz 32 ein. Die Lerndimension Schulisches Lernen gibt Hinweise auf den Lernerfolg von Kindern und Jugendlichen in der Schule, das Studienplatzangebot und das Ausbildungsniveau von jungen Menschen und Erwerbstätigen im Landkreis Sömmerda.

Im Landkreis Sömmerda gehen gut 56 Prozent (Stand: 30.06.2010) der Bevölkerung einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nach, der Wert liegt leicht unter dem Durchschnitt aller Landkreise. Dennoch suchen deutlich überdurchschnittlich viele Menschen eine Arbeit oder sind arbeitslos gemeldet. Gleiches gilt in Bezug auf die Langzeitarbeitslosigkeit. Frauen sind etwas benachteiligt: Männer haben öfter einen Arbeitsplatz, suchen seltener eine Arbeit und sind weniger arbeitslos als Frauen; diese Verhältnisse weisen allerdings fast alle Landkreise auf.

Die Kaufkraft ist leicht überdurchschnittlich, obwohl ein etwas überdurchschnittlicher Teil der Bevölkerung auf öffentliche Unterstützung angewiesen ist: ist der Anteil an Personen, die Arbeitslosengeld beziehen, landesweit am höchsten, leicht über dem Durchschnitt der Landkreise liegen die Anteile an erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im Sinne des SGB II und deren Kindern, an Älteren und voll Erwerbsgeminderten, die Grundsicherung beziehen sowie an Personen mit Unterstützung nach dem SGB XII. Hoch ist auch der Anteil an Menschen, die sich an eine Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstelle wenden. Dabei sind nirgendwo im Land die Anteile an Arbeitslosen und an arbeitslosen alleinerziehenden Frauen höher.

Das Interesse am politischen Geschehen wird im Kontext des aktuellen Sozialstrukturatlas des Landes Thüringen im Vergleich mit den anderen Landkreisen als leicht überdurchschnittlich bewertet. Grundlage für diese Feststellung bieten die Kommunal- und Landtagswahlen 2009, bei welcher eine Wahlbeteiligung von 55,0 Prozent bzw. 56,1 Prozent im Landkreis Sömmerda zu verzeichnen war. Bei der Bundestagswahl vom 27.09.2009 wurde eine Wahlbeteiligung von 63,7 Prozent erreicht. Die Wahlergebnisse der Kreistagswahlen, Europawahlen und Landtagswahlen zeigen keine bis sehr geringe Stimmenanteile hinsichtlich rechtsextremistischer Parteien. Allerdings sind mangelnde Wahlbeteiligungen, geringe Nutzung der Öffentlichkeit politischer Gremien, sogenannte Parteien- und Politikverdrossenheit als bedenklich zu werten, wenngleich die Ergebnisse der letzten Wahlen, wie auch die verfügbaren

Polizeistatistiken (politisch motivierte Straftaten – rechts: Anzahl 19; entspricht 1,9 % Anteil in Thüringen) im Jahr 2010 keine signifikanten Ausprägungen extremistischer Haltungen im Landkreis Sömmerda erkennen lassen. Allerdings weisen die aktuellen Befunde des *Thüringen-Monitors 2011* darauf hin, dass nach mehreren Jahren erstmals wieder die Zustimmung für rechtsextreme Einstellungen zugenommen hat. Nach Aussage des Thüringen-Monitors teilen 17 Prozent der Thüringer rechtsextreme Ansichten. Im Jahr 2009 waren es 13 Prozent. Der "harte Kern" mit einem festen Überzeugungssystem hat sich auf neun Prozent verdreifacht. Leichte Zuwächse gab es auch bei der Verharmlosung des Nationalsozialismus (19 Prozent) und dem Antisemitismus (11 Prozent). Lediglich eine rechte Diktatur würden sich weniger wünschen als vor einem Jahr (14 Prozent) (vgl. Politische Kultur im Freistaat Thüringen, Staatsaufgaben und Staatsausgaben, Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2011, S. 76-77).

Die „Deutsche Volksunion“ (DVU) hat sich im Jahr 2009 neu formiert und führt seitdem die Bezeichnung „DVU - Die neue Rechte“. Der Kreisverband Sömmerda präsentiert sich lediglich im Internet und entfaltet bislang keine weitere Außenwirkung. Die NPD verfolgt eine auf Kontinuität angelegte Strategie, die als Basis für die politische Agitation dient und als "Vier-Säulen-Konzept" bezeichnet wird. Die Einzelheiten hierzu sind aus dem aktuellen Verfassungsschutzbericht ersichtlich. Die DVU verfügt allenfalls über programmatische und strategische Ansätze, die mit dem "Vier-Säulen-Konzept" der NPD jedoch nicht vergleichbar sind.¹

Allgemein sind Formen von Gewalt, Rassismus und Antisemitismus sowie verstärkte Homophobie zu beobachten. Weit verbreitet ist eine gleichgültige und verdrängende Haltung in der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“. Zusätzlich herrscht eine latente Interessenarmut bezüglich Demokratie und Aktionen gegen Rechts (vgl. Situations- und Ressourcenanalyse zu Rechten Strukturen in der Otto-Dix-Stadt Gera – Wissenschaftlicher Bericht für den Lokalen Aktionsplan der Stadt Gera, 2011). Die Statistiken, die aus bundesweiten Untersuchungen hervorgehen, zeigen, dass rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung weitaus verbreiteter sind als die Wahlergebnisse rechtsextremer Parteien vermuten lassen. Zu erwähnen

¹ Diese Einschätzung wurde der Beantwortung durch das Thüringer Innenministerium bezüglich der „Kleinen Anfrage des Abgeordneten Hauboldt (DIE LINKE) Nr. 459 zur Thematik „Neonazistische Aktivitäten im Landkreis Sömmerda“ vom 26.03.2010 entnommen.

sind hier die „Mitte“-Studien von *Decker* sowie die Studien zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (vgl. Untersuchungen von *Heitmeyer*)².

Der Ergebnisbericht 2011 zum *Deutschen Lernatlas* konstatiert für die neuen Bundesländer, dass in vielen Regionen die Indikatoren „soziales Engagement“ und „politische Teilhabe“ deutlich hinter dem der alten Bundesländer zurück liegen, was auch den Befund des *Familienveys 2009* bestätigt. Für den Landkreis Sömmerda ist zusammenfassend aus den beiden Indikatoren der Ergebniswert in der Dimension „Soziales Lernen“ gering bewertet worden. Mit Blick auf Thüringen liegt der Wert für den Landkreis Sömmerda mit 34,58 leicht unter dem Durchschnittswert von 39,37. Die Lerndimension Soziales Lernen gibt Hinweise darauf, in welcher Form und in welchem Ausmaß die Menschen in einer Region Möglichkeiten zum sozialen Lernen wahrnehmen. Dieser vielseitige Aspekt wurde durch Kennzahlen zum sozialen Engagement, zur politischen Partizipation und zum Stellenwert der Jugendarbeit abgebildet. Allerdings wurde die schulbezogene Jugendarbeit als Ressource zum Sozialen Lernen nicht betrachtet, welche aktivierende Methoden und eine beteiligungsorientierte Ausrichtung der Projekte und Angebote beinhaltet.

Der *Zukunftsatlas 2010*, welcher Auskunft über die Zukunftschancen der 412 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland gibt, ordnet den Landkreis Sömmerda in die Regionen mit hohen Zukunftsrisiken ein. Von insgesamt acht Gruppen unterschiedlicher Zukunftsfähigkeit rangiert somit der Landkreis Sömmerda in der Gruppe 7. Ausgehend von 29 Indikatoren wurde ein Zukunftsindex (Gesamtranking) gebildet. Eine Analyse der Indikatoren nach den zwei Dimensionen "Stärke" und "Dynamik" ermöglicht eine Differenzierung des Rankings in die momentane Standortstärke einerseits und die Entwicklung der Regionen in den vergangenen Jahren andererseits.

Im bundesweiten *Familienatlas 2007* (eine aktuellere Ausführung wurde nicht erstellt) wurde im Gesamtranking der Regionen der Landkreis Sömmerda zur Gruppe der „Engagierten Regionen“ zuordnet, welcher sich dadurch auszeichnet, dass die vorhandenen familienbezogenen Ressourcen bewusst eingesetzt werden, um die schwachen wirtschaftlichen und demographischen Rahmenbedingungen für Familien auszugleichen.

² Die Untersuchungen von Heitmeyer u.a. laufen seit 2002 und sind zunächst auf zehn Jahre angelegt. Ihre Ergebnisse sind fortlaufend in den von Wilhelm Heitmeyer herausgegebenen Bänden „Deutsche Zustände“ dokumentiert.

Übersicht - sozialstrukturelles Profil Landkreis Sömmerda 2010

Merkmale	Landkreis
Räumliche Beschaffenheit - Fläche - Anzahl der Gemeinden	804 qkm 55 Gemeinden
Bevölkerung - Bevölkerungsdichte pro qkm - Einwohner gesamt - Geschlechterverteilung - Anzahl Geburten im Jahr 2010 - Geburten je 1000 Einwohner - Kinder/Jugendliche 0- bis unter 18 Jahre - %-Anteil unter 18 Jährige an Gesamtbevölkerung - <i>Jugendquotient</i> - Ältere Menschen ab 65 Jahre - %-Anteil der über 65 Jährigen an Gesamtbevölkerung - <i>Altenquotient</i> - Ausländische Bevölkerung - Ausländische Bevölkerung unter 18 Jahre Wanderungssaldo: - Zuzüge - Fortzüge	91 72.877 584 8,1 9.859 13,5 % 26,8 15.266 20,9 46,4 543 (Anteil 0,7%) 50 (Anteil 0,5%) - 563 1.699 2.262
Privathaushalte und Familien Struktur der Privathaushalte - Einpersonenhaushalte - Haushalte mit 2 Personen - Haushalte mit 3 und mehr Personen - Familienhaushalte mit Kindern unter 18 Jahren	27,0 % 40,5 % 32,4 % 31,7 %
Bildung und Betreuung Kindertageseinrichtungen: - Anzahl der Einrichtungen - Kapazität (Kinder im Alter von 0 bis Schuleintritt) - Anzahl der Kinder in Kita`s (Stichtag 31.03.2011) - Angebotsquote - Besuchsquote Angebot an Tagespflege: - Anzahl der Tagespflegepersonen - Kapazität Schulen <u>Grundschule</u> Anzahl der Schüler im Schuljahr 2010/2011 <u>Regelschule</u> Anzahl der Schüler im Schuljahr 2010/2011 <u>Gymnasium</u> Anzahl der Schüler im Schuljahr 2010/2011	51 3.510 2.914 72,2 % 66,1 % 12 49 2.328 8 1.623 3 1.509

Situations- und Ressourcenanalyse
für den Lokalen Aktionsplan im Landkreis Sömmerda

Merkmale	Landkreis
<u>Förderschule</u> Anzahl der Schüler im Schuljahr 2010/2011	4 322 (davon 132 Kinder in temporären Lerngruppen)
<u>Berufsbildende Schule</u> Anzahl der Schüler im Schuljahr 2010/2011	4 632 (staatliche)
Schulabgänger im Schuljahr 2010/2011 - Gesamt - ohne Hauptschulabschluss - mit Hauptschulabschluss - mit Realschulabschluss - mit Schulabschluss Abitur	525 50 (9,5 %) 102 (19,4 %) 199 (37,9 %) 174 (33,1 %)
Schulabschlüsse der Bevölkerung (Mikrozensus) - Hauptschulabschluss/Volksabschluss - Abschluss POS - Realschul- oder gleichwertiger Abschluss - Fachhochschul-/Hochschulreife	20,7 % 35,4 % 14,6 % 13,4 %
BewerberInnen pro Ausbildungsstelle - Jugendeinrichtungen - Schulstandorte der schulbezogenen Jugendarbeit - Sportvereine	1,0 38 13 145
ökonomische Unterstützungen Leistungen SGB III: Arbeitslosengeld (Anteil Alter 15 bis unter 65 Jahren) Leistungen SGB II: Grundsicherung für Arbeitsuchende und Sozialgeld (Anteil Alter 15 bis unter 65 Jahren) - Erwerbsfähige Hilfebedürftige - Gesamt: nicht-erwerbsfähige und erwerbsfähige Hilfebedürftige Leistungen SGB XII, Kapitel 5-9: Anteil an Gesamtbevölkerung - davon: Anteil unter 18 Jahren Leistungen SGB VIII: Unterhaltsvorschussleistungen (Anzahl Kinder unter 12 Jahren) Übernahme von Kita-Gebühren (Anzahl Familien) - Beratungen in Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatungsstellen (Anteil Gesamtbevölkerung) - davon: Arbeitslose Personen	 2,76 % 12,7 % 3,4 % 1,5 % 15,4 % 630 (9,2%) 716 7,9 % 69,5 %
Arbeitsmarktsituation - Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte - %-Anteil an 15-65 Jährigen - Arbeitslose Personen - Arbeitslosenquote bezogen alle zivilen Erwerbspersonen - Anzahl jugendliche Arbeitslose (15 bis unter 25 Jahre)	27.791 56,5 % 4.627 11,2 % 410

Situations- und Ressourcenanalyse
für den Lokalen Aktionsplan im Landkreis Sömmerda

Merkmale	Landkreis
Problemlagen von Kindern und Jugendlichen - Leistungen zur Förderung der Erziehung in der Familie - Anzahl der Hilfen zur Erziehung (§ 28-41 SGB VIII) Anteil der Hilfen je 1.000 der 0- bis unter 21Jährigen	352 407 34,6
Gesellschaftliche Teilhabe Wahlbeteiligung - Kommunalwahl vom 7. Juni 2009 - Landtagswahl vom 30. August 2009 - Bundestagswahl vom 27. September 2009	55,0 % 56,1 % 63,7 %
Kriminalität nach Polizeidirektionen (Erfurt und Sömmerda) - Tatverdächtigenbelastungszahl im Landkreis - Kinder-/Jugenddelinquenz – Anzahl Straftaten - %- Anteil an 6- bis unter 21 Jährigen politisch motivierte Kriminalität Anteil an politisch motivierten Kriminalität in Thüringen	3.707 496 6,0 % 19 1,3 %

Die Datenbestände entstammen den Angaben des Thüringer Landesamtes für Statistik und den Datenmaterial im Rahmen der kommunalen Jugendhilfeplanung des Jugendamtes Sömmerda.

2.2. Bildung, Erziehung und Betreuung in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen als Handlungsfeld zur Demokratiestärkung, Werte- und Vielfaltförderung

Entlang den beiden Grundüberzeugungen zum *Thüringer Bildungsplan für Kinder bis 10 Jahre*, dass Bildung zum einem ein Prozess ist, der das Individuum und seine sozialen Bezüge in den Blick nehmen muss und zum anderen Kinder ihre Selbstbildungspotenziale nur im sozialen Miteinander voll entfalten können, sind Eltern, Erzieher und Lehrer aufgefordert Kinder zu einem mündigen Leben in einer vielfältigen, demokratischen Gesellschaft zu befähigen.

Einen besonderen Stellenwert haben die Tageseinrichtungen für Kinder als die zentrale außerfamiliäre, vorschulische Bildungs- und Erziehungsinstitution. In diesem Kontext sind die Erwartungen an Kindertageseinrichtungen hoch: Sie sollen sowohl eine umfassende frühkindliche Bildung, Erziehung und Betreuung gewährleisten und dabei die Entwicklung jedes einzelnen Kindes im Blick haben. Die sich im Bildungs- und Betreuungsverlauf eines Kindes anschließende Grundschule ist jene Einrichtung, welche an Entwicklungs- und Lernprozesse anknüpft und diese weiterhin bewusst nachhaltig beeinflusst. Nicht nur das Wissen steht in diesem Lebensabschnitt im Vordergrund, sondern auch Erfahrungen, Denkmuster, Einstellungen und Orientierungen geraten in diesen frühen Bildungsprozessen in den Blick.

Die Offenheit kindlicher Bildungsprozesse bietet nicht nur Chancen hinsichtlich der Bewältigung des Zukünftigen, sie birgt auch Risiken. Sowohl im direkten pädagogischen Handeln als auch in Bezug auf Einflüsse außerhalb bestehen vielfältige Erfahrungsräume und Gelegenheiten, in denen Kinder mit anderen Auffassungen konfrontiert sind. Deshalb sind alle gefordert, für Kinder demokratische Erfahrungsräume zu schaffen und mit Engagement antidemokratischen und menschenverachtenden Haltungen entgegen zu wirken.

Erziehen und Bilden in „öffentlicher Verantwortung“ unter Beachtung der erzieherischen Vorstellungen und Bemühungen der Eltern heißt in erster Linie auch eigene Einstellungen und Haltungen kritisch in den Blick zu nehmen.

Mit im Folgenden aufgeführten Fragen sollten sich pädagogische Fachkräfte beschäftigen:

- Können insbesondere Kindertageseinrichtungen ein erster Ort sein, an dem Demokratie als Lebensform für Kinder erfahrbar wird?
- Sind Kindertageseinrichtungen und weiterführend Grundschulen als die Bereiche der basalen, elementaren und primären Bildung zu werten, in welchen Kindern Fairness, Toleranz und Konfliktfähigkeit als Werte vermittelt werden?
- Wie werden unterschiedliche Lebensentwürfe und Lebensformen anerkannt und „Irgendwie Anders“ akzeptiert?
- Wie unterstützen PädagogInnen Kinder, sich in andere hineinzusetzen und kooperativ zu sein?
- Wie unterstützen PädagogInnen Eltern/ Familien die ihnen anvertrauten Kinder auf dem Weg der Entwicklung und Festigung demokratischer Erziehung?

2.2.1. Beschreibung des basalen, elementaren und primären Bildungsbereiches im Landkreis Sömmerda

Bereich: Kindertageseinrichtungen

Kindertageseinrichtungen sind familienunterstützende Einrichtungen, in denen Kinder tagsüber gebildet, erzogen und betreut werden. Der Besuch von Kindertageseinrichtungen ist freiwillig. Die mit öffentlichen Mitteln geförderten Tageseinrichtungen stehen allen Kindern unabhängig von der religiösen, weltanschaulichen und pädagogischen Ausrichtung des Trägers offen.

Kindertageseinrichtungen haben einen familienergänzenden Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsauftrag und ermöglichen Kindern Erfahrungen über den Familienrahmen hinaus. Der Förderauftrag ist im § 22 SGB VIII in Verbindung mit dem § 6 ThürKitaG normiert, welcher die Erziehung, Bildung und Betreuung des Kindes umfasst und sich auf die soziale, emotionale, körperliche und geistige Entwicklung des

Kindes bezieht. Er schließt die Vermittlung orientierender Werte und Regeln ein. Die Förderung soll sich am Alter und Entwicklungsstand, den sprachlichen und sonstigen Fähigkeiten, der Lebenssituation sowie den Interessen und Bedürfnissen des einzelnen Kindes orientieren und seine ethnische Herkunft berücksichtigen.

Gemäß den Ausführungen im § 6 ThürKitaG soll der Erwerb sozialer Kompetenzen, wie Selbstständigkeit, Verantwortungsbereitschaft und Gemeinschaftsfähigkeit, Toleranz und Akzeptanz gegenüber anderen Menschen, Kulturen und Lebensweisen sowie Kreativität und Fantasie gefördert werden. Als Grundlage für die gesamte Arbeit der Kindertageseinrichtungen, Kindertagespflege und Schulen ist der Thüringer Bildungsplan, welcher pädagogische Schwerpunkte festlegt und zu einem aufeinander aufbauenden Bildungssystem zusammenführt. Für die Umsetzung der im Bildungsplan aufgeführten Ziele und Aufgaben muss jede Kindertageseinrichtung eine für sie verbindliche Konzeption erstellen (vgl. Bestimmungen gemäß § 6 Abs. 3 ThürKitaG). Die *Ermessensgrundsätze des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur für die Beurteilung von Konzeptionen der Kindertageseinrichtungen*, welche seit dem 01.08.2011 verpflichtend sind, sollen Konzeptionsentwicklungsprozesse in Gang setzen sowie das konzeptionelle Einbinden von Zielen und Aufgaben des *Thüringer Bildungsplanes für Kinder bis 10 Jahre* fördern.

Der *Thüringer Bildungsplan für Kinder bis 10 Jahre* setzt sich überwiegend mit der Beratung der Fachkräfte der Kindertageseinrichtungen bzw. der Tagespflegepersonen bei der Schaffung und Fortführung der pädagogischen Vorstellung in der Verwirklichung der im *Thüringer Bildungsplan für Kinder bis 10 Jahre* aufgeführten Ziele und Aufgaben und die damit einhergehende Begleitung von Teamentwicklungsprozessen gemäß § 6 Abs. 3 ThürKitaG auseinander.

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben gemäß § 15a Abs. 4 ThürKitaG im Rahmen ihrer Gesamtverantwortung die Qualität der Förderung in den Kindertageseinrichtungen und den Kindertagespflegestellen durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen und weiterzuentwickeln. Dazu gehören die Entwicklung und der Einsatz pädagogischer Konzepte als Grundlage für die Erfüllung des Förderauftrages. Auftrag und Ziel der Fachberatung ist es, die Qualität der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern im Alter von 0 Jahren bis zum Schuleintritt in den Tageseinrichtungen durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen und weiterzuentwickeln, da jeder junge Mensch ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung

zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit gemäß § 1 Abs. 1 SGB VIII hat. Die Fachberatung im Landkreis Sömmerda wird entsprechend den Bestimmungen des § 15a Abs. 1 ThürKitaG bedarfsgerecht durch den Träger der Jugendhilfe und auf der Grundlage der Beschlüsse der Vertretungskörperschaft (im Kontext der Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII und § 17 ThürKitaG) umgesetzt. Die Träger von Kindertageseinrichtungen haben die Dienst- und Fachaufsicht in ihren Einrichtungen zu gewährleisten, sie haben die Verantwortung für die inhaltliche und organisatorische Arbeit in den Kindertageseinrichtungen (vgl. § 11 Abs. 2 ThürKitaG).

Die im Landkreis Sömmerda bestehenden 51 Kindertageseinrichtungen unterschiedlicher Trägerschaft orientieren sich alle am situationsorientierten Ansatz, wenngleich dieser bei einigen Einrichtungen als „lebensweltorientierter“ oder „lebensnaher“ Ansatz formuliert wird. Spezielle Ausrichtungen bzw. Schwerpunktsetzungen sind je nach Träger vorhanden.

In den insgesamt 51 Kindertageseinrichtungen wurden zum Stichtag 31.03.2011 insgesamt 2.535 wohnsitz eigene Kinder betreut. Ausgehend von den zum Stichtag genehmigten 3.510 Plätzen ergibt sich eine Angebotsquote von 72,2 Prozent (vgl. Planung: Aufgabenfelder der Jugendhilfe, Bedarfsplanung zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege, Fortschreibung Kindergartenjahr 2011/2012).

Bereich: Grundschulen/Grundschulhorte³

Der Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule in Thüringen leitet sich ab von den grundlegenden Werten, wie sie im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und in der Verfassung des Freistaats Thüringen niedergelegt sind. Die Schule erzieht zur Achtung vor dem menschlichen Leben, zur Verantwortung für die Gemeinschaft und zu einem verantwortlichen Umgang mit der Umwelt und der Natur.

Laut den Bestimmungen im Thüringer Schulgesetz pflegt die Schule, die Verbundenheit mit der Heimat in Thüringen und in Deutschland, fördert die Offenheit gegenüber Europa und weckt das Verantwortungsgefühl für alle Menschen in der Welt. Wesentliche Ziele der Schule sind die Vermittlung von Wissen und Kenntnissen, die Entwick-

³ Die Differenzierung in Grundschulen und Grundschulhorte wird in den folgenden Ausführungen unter dem Aspekt der Orientierung an der Ganztagschule nicht mehr vorgenommen. Der Begriff Grundschule schließt die Grundschulhorte ein.

lung von Fähigkeiten und Fertigkeiten, die Vorbereitung auf das Berufsleben, die Befähigung zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zur Mitgestaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie zum bewussten, selbstbestimmten und kritischen Umgang mit Medien, die Erziehung zur Aufgeschlossenheit für Kultur und Wissenschaft sowie die Achtung vor den religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen anderer. Die Schüler lernen, ihre Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit, der Solidarität und der Toleranz sowie der Gleichberechtigung der Geschlechter zu gestalten. Dabei werden die Schüler darauf vorbereitet, Aufgaben in Familie, Gesellschaft und Staat zu übernehmen und dazu angehalten, sich im Geiste des Humanismus und der christlichen Nächstenliebe für die Mitmenschen einzusetzen. Die Schule fördert den Entwicklungsprozess der Schüler zur Ausbildung ihrer Individualität, zu Selbstvertrauen und eigenverantwortlichem Handeln. Sie bietet Raum zur Entfaltung von Begabungen sowie für den Ausgleich von Bildungsbenachteiligungen. Die natürlichen Rechte der Eltern und die ihnen obliegenden Pflichten zur Erziehung ihrer Kinder bleiben davon unberührt (vgl. Thüringer Schulgesetz, 16.12.2008). Der Thüringer Bildungsplan unterstützt den gesetzlich normierten Bildungs- und Erziehungsauftrag dahingehend, dass die drei Dimensionen von Bildung (personal, sozial, sachlich) mit Bildungsangeboten konkretisiert werden. Der Bildungsplan bietet für den Grundschulbereich Orientierungen für die pädagogische Reflexion und das praktische Handeln, wengleich sich der Lehrplan für die Grundschulen strukturell vom Bildungsplan⁴ unterscheidet. Der Bildungsplan fokussiert individualisierte Lernangebote für alle Kinder sowie die Gestaltung der Schuleingangsphase und des gemeinsamen Unterrichts von Kindern mit und ohne Behinderungen.

Die Grundschule in Thüringen umfasst die Klassenstufen 1 bis 4 und wird von allen Schülern gemeinsam besucht. Sie soll laut den Bestimmungen im Thüringer Schulgesetz den Kindern grundlegende Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten als Voraussetzung für jede weitere schulische Bildung vermitteln und fördert die Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit des Kindes.

⁴ Der Bildungsplan ist an der kindlichen Entwicklung orientiert und jeder Bildungsbereich differenziert in die Phasen basale, elementare und primäre Bildung. Demgegenüber präzisiert der Lehrplan für die Thüringer Grundschulen Lernziele für den schulischen Unterricht auf der Grundlage des Bildungsplans. Er differenziert deshalb in besonderer Weise die personale Dimension von Bildung aus. Die Inhalte des Lehrplans sind nicht in Bildungsphasen, sondern in Doppelklassenstufen (Klasse 1 und 2 sowie Klasse 3 und 4) gegliedert (vgl. Thüringer Bildungsplan für Kinder bis 10 Jahre, S. 20).

Mehr als 97 Prozent der Grundschulen in Thüringen sind offene Ganztagsgrundschulen. Die Grundschule wird als *offene* Ganztagschule bezeichnet, weil einzelne Schüler auf Wunsch an den ganztägigen Angeboten von Bildung und Betreuung teilnehmen können. Die Grundschulen in Trägerschaft des Landkreises Sömmerda sowie die Grundschule in Trägerschaft der Stadt Weißensee sind ausschließlich offene Ganztagsgrundschulen. Mit ihrer Struktur von Unterricht und Hort halten sie an allen fünf Tagen der Woche ein ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot vor. Die Evangelische Grundschule Sömmerda ist eine gebundene Ganztagsgrundschule, die ebenfalls ein ganztätiges Bildungs- und Betreuungsangebot vorhält.

Gesetzliche Verankerung erfährt der Hort an der Grundschule in § 10 Thüringer Schulgesetz (ThürSchulG). Demzufolge sollen zur außerunterrichtlichen Betreuung und Förderung an Grundschulen Horte geführt werden, welche organisatorisch Teil der Grundschule sind. Jedes Grundschulkind hat Anspruch auf Förderung in einem Grundschulhort von montags bis freitags mit einer täglichen Betreuungszeit von 10 Stunden unter Anrechnung der Unterrichtszeit.

An den 14 Grundschulen in Trägerschaft des Landkreises Sömmerda sind zum Stichtag 31.03.2011 insgesamt 1.805 Kinder im Hort angemeldet. Ausgehend von den zum Stichtag gegenwärtigen 2.170 Grundschulern ergibt sich damit eine Inanspruchnahmequote von 83 Prozent (vgl. Schulnetzplanung des Landkreises Sömmerda, Fortschreibung 2012-2017).

In allen Grundschulen im Landkreis Sömmerda kommt es mindestens zu der Bildung von vier Klassen. In den einzügigen Grundschulen beträgt auch die Anzahl der Schüler mindestens 15 Schüler pro Jahrgangsstufe.

Mit der Zielstellung eines konsequenten und durchgängigen Aufbaus regionaler Bildungslandschaften in Thüringen und der Entwicklung differenzierter Formen ganztägiger Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsangebote beteiligt sich der Landkreis Sömmerda seit 01.02.2008 im Rahmen der Weiterentwicklung der Thüringer Grundschule am Erprobungsmodell zur Kommunalisierung der Grundschulhorte.

Die Entwicklung des ganztägigen Angebotes gestaltet sich regional und schulspezifisch sehr unterschiedlich. Dies bezieht sich sowohl auf inhaltliche Konzeptionen als auch auf die Öffnungszeiten und die Zusammenarbeit mit externen Partnern. Die im Landkreis Sömmerda erstellten *Leitlinien zur Weiterentwicklung der Thüringer*

Grundschule als auch das erarbeitete *Rahmenkonzept für die Erprobungsmodelle* beinhalteten die Zielrichtung, dass jede Schule im Rahmen der Konzeptentwicklung die Leitlinien aufnimmt und diese unter Berücksichtigung der individuellen Bedingungen und Erfordernisse ausrichtet. Exemplarisch ist zu benennen, dass sogenannte „Qualitätsfelder“ wie Familienfreundlichkeit, Dienstleistung, Voneinander lernen, Vernetzt lernen, Übergänge erleichtern, Grenzerfahrungen, individuelle Bildungsplanung und Vernetzung im Sozialraum beachtet werden sollen (vgl. Leitlinien zur Weiterentwicklung der Grundschulen im Landkreis Sömmerda, vom 14.12.2007 und Rahmenkonzept für die Erprobungsmodelle, Landkreis Sömmerda, vom 21.01.2008).

2.2.2. Experteninterviews – Ergebnisse zur Situation in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen

Durchführung und Methode

Um einen Erkenntnisgewinn zur demokratischen Alltagskultur im frühkindlichen Bildungsbereich – den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen – im Landkreis Sömmerda zu erhalten, wurde das leitfadengestützte Interview als eine klassische Methode der qualitativen Sozialforschung ausgewählt. Der vorbereitete Gesprächsleitfaden beinhaltete Themenkomplexe:

1. Konzeptionelles Profil der Einrichtung
2. Wertebewusstsein
3. Vielfaltförderung
4. Demokratie
5. Partizipation (bezogen auf Team, Kinder, Eltern)
6. Kommunikation
7. Kooperation
8. Gemeinwesen.

Die formulierten Fragestellungen wurden in einer gezielt festgelegten Reihenfolge angeordnet, welche zu jedem Themenbereich den aktuellen Ist-Stand abbilden und daran anknüpfend Perspektiventwicklungen bzw. Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen. Die Vorgabe der Themenkomplexe und damit die Eingrenzung der Interview-

thematik soll eine gewisse Vergleichbarkeit der Ergebnisse der verschiedenen Einzelinterviews gewährleisten. Vor diesem Hintergrund wurden die Fragestellungen für den Bereich der Kindertageseinrichtungen und der Grundschulen analog aufgebaut. Die Auswahl der Themenkomplexe und des Fragekataloges erfolgte maßgeblich auf der Grundlage von bereits in der Praxis etablierten Arbeitsmaterialien zur Demokratie und Mitbestimmung in Kindertageseinrichtungen, welche durch die *Deutsche Kinder- und Jugendstiftung* entwickelt wurden und entlang der gesetzlichen Bestimmungen für beide Bildungsbereiche auf der Grundlage des Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetzes und des Thüringer Schulgesetzes.

Die Fragen sollten die interviewten Fachkräfte in ihrer Rolle als Leitung anregen, die pädagogische Qualität ihrer Arbeit unter dem Fokus der benannten Themenkomplexe systematisch und strukturiert zu reflektieren. Die innerhalb der Themengebiete auch eingebundenen offenen Erzählaufforderungen sollten die Experten ermuntern ihre subjektiven Einschätzungen und Erfahrungen anhand von konkreten Schilderungen und Beispielen darzustellen, um das Interview nicht auf einen Frage-Antwort-Dialog zu reduzieren.

Als Interviewpartner wurden für die Leitfaden-Interviews Experten, wie die Leiterinnen von Kindertageseinrichtungen, SchulleiterInnen und Hortkoordinatorinnen⁵ der Grundschulen ausgewählt. Die Experten zeichnen sich durch ein hohes Informationsniveau aus, da sie im unmittelbaren Feld des zu untersuchenden Problembereiches tätig sind. Ebenso wurden die Interviewer auch aus dem Feld der frühkindlichen Bildung ausgewählt. Für den Bereich der Kindertageseinrichtungen führten die zwei Fachberaterinnen des Jugendamtes Sömmerda das Leitfadeninterview durch, während für den Bereich der Grundschulen zwei an diesen tätige Sozialpädagoginnen die Einzelinterviews umsetzten. Die Interviewverläufe gestalteten sich weitgehend nach dem Modell von Lukas (Begrüßungs-/Einleitungsphase, Ermittlungsphase, Ausklang) (1996, S. 155).

Insgesamt konnten alle SchulleiterInnen und Hortkoordinatorinnen der 14 Grundschulen in Trägerschaft des Landkreises, welche als offene Ganztagsgrundschulen konzipiert sind, befragt werden. Die Grundschule in Trägerschaft der Stadt Weißensee in ihrer Form als offene Ganztagsgrundschule wurde in die Befragung ebenfalls

⁵ Hinsichtlich der befragten Leiterinnen der Kindertageseinrichtungen und der Hortkoordinatorinnen wird bewusst ausschließlich die weibliche Form benannt, da dies auch ausschließlich Frauen sind. Ansonsten wird in der gesamten Analyse die männliche und weibliche Form angewandt.

einbezogen. Von den insgesamt 51 Kindertageseinrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft im Landkreis konnten im Rahmen der zeitlich kurzen Erhebungsphase die Hälfte der Einrichtungen befragt werden.

Im Einzelnen wurden befragt:

Tab.1: Übersicht der befragten Einrichtungen

Anzahl der Einrichtungen	Anzahl der Interviews
14 staatliche Grundschulen und 1 Grundschule in städtischer Trägerschaft (von insgesamt 16)	30
26 Kindertageseinrichtungen (von insgesamt 51)	26
Gesamt	56

Tab.2: Trägerstruktur der befragten Kindertagesrichtungen

Träger der befragten Kindertageseinrichtungen	Anzahl
Kommunale Träger (Gemeinde)	13
Anerkannte Träger der Freien Jugendhilfe	10
Sonstige juristische Personen (gemeinnützige eingetragene Vereine)	3
Gesamt	26

Ergebnisse

Themenkomplex 1 - Konzeptionelles Profil der Einrichtung

Bevor der Einstieg in die Ermittlungsphase konkret erfolgte, wurde nach dem Vorliegen und dem aktuellen Stand eines einrichtungsbezogenen Konzeptes gefragt. Alle befragten Kindertageseinrichtungen und Grundschulen verfügen über ein Konzept. Immerhin 19 (73 Prozent) der insgesamt 26 befragten Kindertageseinrichtungen überarbeiteten das Konzept im Jahr 2011 bzw. befinden sich derzeit in einer Überarbeitungsphase. Dieser Fakt ist im Kontext der Bestimmungen des novellierten Thür-KitaG zu werten, welches konzeptionelle Anpassungen als Erfordernis verankert hat. Die Bestrebungen zur Modifizierung der Konzeptionen in Kindertageseinrichtungen hat im Besonderen auch die Implementierung des Thüringer Bildungsplanes hervorgerufen. Laut dem *Thüringer Bildungsplan* hat die Konzeptionsentwicklung zum Ziel, die pädagogische Qualität zu verbessern, pädagogische Standards zu verankern und Verantwortlichkeiten zu klären.

Die bereits eingangs benannten Ermessensgrundsätze des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur beinhalten (in ihren seit dem 01.08.2011 verpflichtend festgelegten Standards für die Konzeptionen der Kindertageseinrichtun-

gen), das Formulieren von Werten und Erziehungszielen unter dem Fokus eines kindbezogenen Themenbereiches.

Demgegenüber werden für die Grundschulen in Thüringen konzeptionelle Eckpfeiler ausschließlich im Kontext der Weiterentwicklung der Thüringer Grundschule benannt. Im § 2, Absatz 2 der Vereinbarung nach § 12 des Thüringer Schulgesetzes zur Weiterentwicklung der Thüringer Grundschule auf der Basis von Erprobungsmodellen wird formuliert, dass der Schulträger mit Unterstützung des Staatlichen Schulamtes Leitlinien entwickelt, die es den Grundschulen ermöglichen, ihr eigenes sozialräumlich ausgerichtetes Konzept zu erstellen.

In den Leitlinien des Landkreises Sömmerda wird eingehend formuliert, dass die Schulkonzeption durch die Schulleitung in Zusammenarbeit mit dem Lehr- und Erzieherpersonal, der Elternschaft und den Sozialraumpartnern auf der Basis der Leitlinien und in Abstimmung mit dem Schulträger zu entwickeln ist. Als Voraussetzung für die Konzeptentwicklung werden eine Dokumentation der Ausgangssituation, eine regelmäßige Überprüfung des jeweiligen Ist-Standes und die konzeptionelle Anpassung benannt.

Von den Grundschulvertretern benannten sieben, ihr Konzept jährlich zu überarbeiten. Zwei Grundschulen haben im Jahr 2011 das Konzept aktualisiert, so dass insgesamt 60 Prozent der Grundschulen über ein aktuelles Konzept verfügen.

Hinsichtlich der Fragestellung, was bei der konzeptionellen Beschreibung der Einrichtung besonders wichtig ist, wird erwartungsgemäß eine Bandbreite an benannten Aspekten deutlich. Die Mehrzahl der Kindertageseinrichtungen haben *Wohlfühlen*, *Gesundheit* und *Bewegung* benannt. Demgegenüber zeigt sich bei den Grundschulen keine Häufung in der Benennung. Neben allgemeinen Angaben, wie *pädagogische Grundsätze*, *Bildungs- und Erziehungsziele* wurden auch konkrete Aspekte wie *Wohlfühlen der Kinder*, *Vermittlung von Verhaltensregeln*, *Förderung der Lesekompetenz*, *Toleranz* und *Respekt* benannt.

Während bei den Kindertageseinrichtungen die *Elternarbeit* als bedeutsam eingeschätzt wurde, wird die Zusammenarbeit mit der Elternschaft seitens der interviewten SchulleiterInnen und Hortkoordinatorinnen hinsichtlich dieser Frage nicht aufgeführt. Das gegenwärtig dominierende Konzept für die inhaltliche Arbeit, der Situationsansatz, in welchem die Kindertageseinrichtung als Lebensraum der Kinder angesehen wird, impliziert eine Schwerpunktsetzung in Bezug auf die Selbsttätigkeit und Ent-

scheidungsfreiheit der Kinder. Dies wurde aber von keiner der befragten Leiterinnen der Kindertageseinrichtungen in Bezug auf konzeptionelle Schwerpunktsetzungen benannt bzw. beschrieben. Des Weiteren müsste dieser Ansatz Partizipationsmöglichkeiten von Kindern besonders akzentuieren.

Fazit:

Die pädagogische Praxis bezogen auf die befragten Einrichtungen zeigt ein vielfältiges Bild zur Konzeptentwicklung und zu den bestehenden Konzeptansätzen. Der relativ große Gestaltungsspielraum zur Konzeptentwicklung wirkt sich schließlich auf die Schwerpunktsetzung in der inhaltlich-pädagogischen Arbeit aus. Ansätze des Sozialen Lernens haben einen ebenso hohen Stellenwert wie die Wissensvermittlung und Bildungsförderung. Der in den Kindertageseinrichtungen gelebte Situationsansatz zeigt erwartungsgemäß unterschiedliche Versionen und Akzentuierungen, aber keine Widerspiegelung in den zu benennenden Konzeptschwerpunkten, es sei denn man ordnet „Wohlfühlen“ zur Lebensweltorientierung zu.

Bereits der Fakt „Erstellung einer Konzeption“ weist eine Bandbreite von wirklicher Mitwirkung durch das gesamte Team bis hin zu einer Alibi-Teilnahme (d.h. bspw. Leitung erstellt allein das Konzept ohne Mitbestimmung des Teams) auf. Das Ziel einer demokratischen Einrichtung, in welcher Entscheidungen mehrheitlich im Team getroffen und ein offener und partnerschaftlicher Umgang miteinander gepflegt werden, ist für die Vermittlung demokratischer Sozialbeziehungen und für die Erziehung zur Konfliktfähigkeit in Bezug auf die Kinder unabdingbar. Ziel sollte sein, Träger und LeiterInnen von Kindertageseinrichtungen sowie Schulleiter und HortkoordinatorInnen auf die immense Wichtigkeit einer demokratischen Entscheidungskultur und eines teamorientierten Miteinanders im Rahmen von Fachberatung und Beratung durch das Staatliche Schulamt aufmerksam zu machen. Intensive Kommunikations- und Reflexionsprozesse sind erforderlich, um zur weiteren Professionalisierung zu gelangen und sich als Team weiterzuentwickeln (vgl. Krenz, 2002, S. 245 f und Knauff, 2002, S. 18 f.). Die Erstellung der Konzeption muss von allen MitarbeiterInnen in einer gemeinsamen Arbeit erstellt werden und ist das Ergebnis eines individuellen Prozesses des Teams. Dadurch hat sich die Einrichtung ein unverwechselbares Profil geschaffen (vgl. Krenz 1998, S.14). Gezielte Qualifizierung zu einem kooperativen und aktivierenden Führungsstil kann insbesondere bei der Konzeptentwicklung und Leitbilderarbeitung umgesetzt werden.

Themenkomplex 2 - Wertebewusstsein

Erwartungsgemäß ergeben sich bei der Fragestellung „Welche Werte wichtig sind?“ eine Vielzahl an benannten Werten.

Tab.3: Ergebnisse – Wichtige Werte

Welche Werte sind Wichtig?	Häufigkeit der Benennung in %
Ehrlichkeit	37,5
Toleranz	19,6
Offenheit	10,7
Akzeptanz	8,9
Respekt	8,9
Hilfsbereitschaft	8,9
Rücksicht	7,1

Interessant ist, dass immerhin 57 Prozent der Fachkräfte aus dem Grundschulbereich die *Ehrlichkeit* benannten. Bei den befragten Leiterinnen der Kindertageseinrichtungen ist eine breite Streuung der Werte festzustellen.

Hinsichtlich der Begründung zur Wichtigkeit dieser Werte werden vorrangig aufgeführt:

Tab. 4: Ergebnisse – Begründung der Wichtigkeit von Werten

Warum sind Ihnen besonders diese Werte wichtig?	Häufigkeit der Benennung in %
gute Vorbereitung für das spätere Leben	30,4
Grundlage für ordentliches/friedliches Zusammenleben/ Miteinander/ Umgang in der Gesellschaft	19,6
Grundlage für alltägliche Arbeit mit Kindern	12,5
Grundlage für die Charakterbildung/ Persönlichkeitsentwicklung des Kindes	10,7
Grundlage für den gemeinsamen Schulalltag	7,1

Die Ergebnisse zu den Präferenzen von Werten als Vorbereitung in das gesellschaftliche Miteinander zeigen wiederholt die *Ehrlichkeit* an erster Position (39 %). Vergleicht man die einzelnen Einrichtungsarten, dann ergibt sich kein signifikanter Unterschied zum Wert *Ehrlichkeit*. Dieser rangiert bei den Kindertageseinrichtungen (von insgesamt 19 benannten Werten) mit 23 Prozent und bei den Grundschulen mit 53 Prozent auf Platz 1 (von insgesamt 23 benannten Werten). Überraschend ist, dass das *Selbstbewusstsein* hinsichtlich der Frage zur Bedeutung von Werten keine Erwähnung fand und nunmehr bezüglich dieser Frage einen hohen Anteil zu ver-

zeichnen hat. Immerhin haben 42 Prozent der befragten Leiterinnen der Kindertageseinrichtung die Vermittlung von *Selbstbewusstsein* als bedeutsam eingeordnet.

Tab. 5: Ergebnisse – Vermittlung von Werten

Nennen Sie drei Werte, die Sie den Kindern auf ihrem Weg in die Gesellschaft mitgeben möchten?	Häufigkeit der Benennung
Ehrlichkeit	39,3
Toleranz	35,7
Selbstbewusstsein	32,1
Offenheit	14,3
Respekt	14,3
Hilfsbereitschaft	12,5
Konfliktfähigkeit	10,7
Akzeptanz	10,7

Fazit:

In Kindertageseinrichtungen und in Grundschulen als Orte der Bildung und Erziehung treffen unterschiedliche Familien mit vielseitigen Wertevorstellungen aufeinander. Seitens der pädagogischen Fachkräfte bedarf es deshalb eines bewussten Umgangs mit Werten und einer gezielten Werteförderung. Die Ergebnisse verdeutlichen auch, dass einige der benannten Werte keine Werte sind, sondern eher in den Bereich der Ziele einzuordnen sind.

Bevor sich gemeinsam im Team Klarheit verschafft wird, welche Werte bedeutsam sind, sollten ErzieherInnen und LehrerInnen sich mit ihren eigenen Wertevorstellungen und deren Gewichtung auseinandersetzen. Diese sollten gezielt herausgearbeitet werden und in das pädagogische Profil im Rahmen konzeptioneller Diskussion münden. Dabei geht es nicht um die Aufnahme von Werten in Form von Schlagwörtern, sondern um die Einflechtung eines Wertesystems und dessen Ausflüsse in die gesamte pädagogische Arbeit. Je nach Einrichtungsprofil werden die Werte und die Umsetzung einer bewussten und kindgerechten Werteförderung eine unterschiedliche konzeptionelle Gewichtung erfahren. Darüber hinaus sind allgemeingültige Wertevorstellungen als konkrete Erziehungsziele zu formulieren. Die Auseinandersetzung mit Wertesystemen und deren Bedeutung für das eigene pädagogische Profil ist als ein längerfristig angelegter Entwicklungsprozess zu verstehen. Nur so kann es gelingen konzeptionelle Auswirkungen zu erreichen.

Der *Friedenskreis Halle e.V.* kommt resultierend aus praktischen Erfahrungen zu einer Auswahl von Werten: Achtung und Respekt, Begeisterung, Empathie, Freundschaft, Frieden, Gemeinschaft, Gerechtigkeit, Gewaltfreiheit und Konfliktfähigkeit, Gleichberechtigung. Neben der Beschäftigung mit den benannten Werten, bieten ebenso das Spielmaterial, die Medien als auch die räumliche Ausgestaltung und das Anwenden von alltäglichen Ritualen Gelegenheiten, um das Wertebewusstsein der Kinder zu entwickeln bzw. zu unterstützen. Fach- und Teamberatungen zur Orientierung und Klärung und die Gestaltung von themenzentrierten Elternabenden und Gesprächen sollten als Möglichkeit zur Beschäftigung mit Werten genutzt werden.

Themenkomplex 3 - Vielfaltförderung

Tab. 6: Ergebnisse – Vielfalt

Was fällt Ihnen spontan zum Thema Vielfalt ein?	Häufigkeit der Benennung in %	
	Kita	Grundschule
Angebote/ Projekte/ Veranstaltungen/ Arbeitsgemeinschaften	30,8	43,3
Kinder/ Interessen der Kinder	23,1	20,0
Bildungsförderung/ Thüringer Bildungsplan	30,8	6,7
Methodenvielfalt	11,5	13,3
Tagesablauf	26,9	0
Offene Ganztagschule	-	10,0

Die Kindertageseinrichtungen und Grundschulen sind ein buntes Mosaik vielfältiger Persönlichkeiten und bieten im Sinne der Vielfaltförderung ein ideales Feld. Die Ergebnisse belegen die mannigfaltigen Möglichkeiten Vielfalt zu begegnen. Erwartungsgemäß werden von beiden Professionen die *Angebote und Höhepunkte* mit Vielfalt assoziiert. Der Blick auf die *Vielfalt von Kindern* wird ebenso von den Befragten aus Kindertageseinrichtungen als auch aus Grundschulen gerichtet. Bemerkenswert ist allerdings, dass die *Vielfältigkeit des Tagesablaufes* ausschließlich von den Fachkräften aus den Kindertageseinrichtungen aufgeführt wird (27%). Aufschlussreich ist die Benennung der *Bildungsförderung* bzw. die Zuordnung des *Thüringer Bildungsplanes* zur Thematik Vielfalt. Die Differenz in der Gewichtung zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen ist deutlich. Während immerhin 31 Prozent der Leiterinnen aus Kindertageseinrichtungen die *Bildungsförderung* bzw. den *Thüringer Bildungsplan* dem Thema Vielfalt zuordnen, sind es diesbezüglich lediglich 7 Prozent der befragten Leitungsfachkräfte aus der Grundschule.

Fazit:

Vielfalt wird im basalen, elementaren und primären Bildungsbereich nicht nur auf kulturelle Vielfalt reduziert. Die Ergebnisse zeigen die Wahrnehmung von Vielfalt in Bezug auf die Kinder, den Tagesablauf, Angebote, Methoden und Bildungsprozesse. Diese Tatsache bietet die Möglichkeit Vielfaltförderung als ein pädagogisches Konzept zu implementieren. Dabei ist die Freude und das Interesse der Erzieherinnen und LehrerInnen am Neuem, Anderen und Fremden eine Grundvoraussetzung, denn Vielfalt ist dort zu finden, wo Unterschiede und Anders sein nicht als Hürde, sondern als Bereicherung betrachtet werden. Augenmerk sollte bei der Förderung der Vielfalt auf deren Komplexität gelegt werden. Es reicht nicht aus Angebote, Arbeitsgemeinschaften im Hort oder Feste in der Kindertageseinrichtung als Vielfaltförderung zu verbuchen. Erst das Zusammenspiel aller Dimensionen von Bildung – personal, sozial, sachlich – lassen Vielfalt als Querschnittsaufgabe wirken. Weiterbildungen, aber auch Angebote des Methodenlernens sowie Supervision oder Fallberatung sind geeignete Möglichkeiten um die Vielfalt des „Anders sein“ bewusst aufzugreifen.

Themenkomplex 4 - Demokratie

Tab. 7: Ergebnisse – Demokratie

Was ist für Sie Demokratie?	Häufigkeit der Benennung in %	
	Kita	Grundschule
Mitbestimmung	30,8	43,3
Mitsprache(rechte)	23,0	46,7
Meinungsaustausch	0	13,3
Meinungsfreiheit	3,8	10,0
Einmischen	11,5	0
Gleichberechtigung	11,5	10,0
Klassensprecherwahl	-	23,3

Demokratie kann aus unterschiedlicher Perspektive betrachtet werden. Nach *Gerhard Himmelmann* werden drei Demokratiebereiche unterschieden: 1. Demokratie als Herrschaftsform, 2. Demokratie als Gesellschaftsform und 3. Demokratie als Lebensform. Insbesondere bei der Demokratie als Lebensform sind pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen und Schulen gefordert.

Demokratie als Lebensform umfasst die individuelle Lebenswelt und die Gestaltung der sozialen Beziehungen. Der Friedenskreis Halle e.V. sieht in dieser Demokratieform, die Grundlage für die Herausbildung des demokratisch politischen Engagements und der demokratischen Gesellschaften überhaupt. ErzieherInnen und LehrerInnen haben neben der Familie die Chance, gute Voraussetzungen zu schaffen, dass Kinder und später Jugendliche und Erwachsene innerhalb der Gesellschaft demokratisch agieren und sich demokratisch in das politische System einbringen können (vgl. Handbuch für Erzieherinnen zur Werte-, Demokratie- und Vielfaltförderung, 2010).

Auch vor dem Hintergrund, dass die Ablehnung von demokratischen Prinzipien zu meist ein integraler Bestandteil rechtsextremer Ideologien ist und demzufolge eine höhere Zustimmung zur Demokratie mit geringeren Rechtsextremismuskwerten einhergeht, erscheint es um so wichtiger, dass im frühkindlichen Bildungsbereich Demokratie erfahrbar gemacht wird. Um als pädagogische Fachkraft Demokratie zu unterstützen und zu fördern, bedarf einer demokratischen Grundhaltung und des Vorlebens einer demokratischen Alltagskultur.

Das Befragungsergebnis verweist auf die Bedeutung der *Mitbestimmung* in Bezug auf die Demokratie als Lebensform. Das Hineinwachsen in eine demokratische Alltagskultur bedeutet an der Gestaltung des alltäglichen Miteinanders mitzubestimmen und mitzuentcheiden. Immerhin 37 Prozent der Befragten beider Bereiche ordnen die *Mitbestimmung* als ein Recht im demokratischen Miteinander ein. Die *Mitsprache* erhält eine ebenso hohe Gewichtung (36 %). Während der *gleichberechtigte Umgang miteinander* für beide Professionen als ein Bestandteil der Demokratie angesehen wird, ist der *Meinungsaustausch* ausschließlich von Fachkräften der Schule benannt worden. Andererseits haben die Fachkräfte aus den Kindertageseinrichtungen das *Einmischen* der Demokratie zugeordnet. *Partizipation* als ein zentraler Bestandteil der Demokratie wurde explizit von keinem der Befragten benannt. Positiv hervorzuheben ist, dass die *Klassensprecherwahl* in den Grundschulen von 23 Prozent der Befragten im Kontext von Demokratie benannt wird.

Fazit:

Voraussetzung für die Teilhabe an Entscheidungen und Wichtiges mitbestimmen zu können ist die Vermittlung einer demokratischen Lebensauffassung in Familie, Kindertageseinrichtung und Schule.

Die in Erfahrung gebrachten individuellen Haltungen und Grundeinstellungen der befragten Fachkräfte zur Demokratie ist als eine gute Ausgangslage für die Umsetzung der Demokratieförderung einzuschätzen. Ein demokratischer Umgang in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen muss alle Prozesse bezogen auf das Team, die Eltern und die Kinder durchziehen. Dabei nimmt selbst der Umgang mit nicht-pädagogischen Fachkräften (Hausmeister, Reinigungskräfte, Küchenpersonal) unter dem Aspekt der Vorbildwirkung für Kinder einen beachtlichen Stellenwert ein. Kinder sind genaue Beobachter und werden schnell merken, inwieweit ein gleichberechtigtes Miteinander im gesamten Lebensraum „Kindertageseinrichtung“ bzw. „Grundschule“ selbstverständlich ist. Nur wenn Pädagogen Demokratie leben und zu ihrem Anliegen machen, können Kinder überzeugt werden, die Verhaltensweisen zu übernehmen und gleichberechtigtes Miteinander zu unterstützen.

Die Leitungsfachkräfte tragen eine besondere Verantwortung, inwieweit ein demokratischer Umgang von der Konzepterarbeitung über Teamgespräche bis hin zur grundsätzlichen Beteiligung von Kindern und Eltern zum Tragen kommt.

Der *Friedenskreis Halle e.V.* empfiehlt für die Fachkräfte eine Reflexion zum eigenen demokratischen Selbstverständnis, das Hinterfragen zum partnerschaftlichen Miteinander und die Klärung einer grundsätzlichen Beteiligung von Kindern. Demokratieerziehung sollte mit einem kreativen Lernprozess gekoppelt sein. In Zusammenhang mit der Einrichtungskonzeption und der zugrundeliegenden pädagogischen Orientierung sollte sich mit „Demokratie“ auseinander gesetzt werden. In Teamsitzungen können unterschiedliche Meinungen zusammengetragen und gemeinsam überlegt werden, welche fachlichen Grundlagen und Bedingungen der Einrichtung für eine demokratische Kultur notwendig und geeignet sind.

Themenkomplex 5 - Partizipation bezogen auf Team, Kinder, Eltern

Partizipation bezogen auf Team

Tab. 8: Ergebnisse – Beteiligung Team

Wo und wie werden PädagogInnen in Ihrer Einrichtung beteiligt ?	Häufigkeit der Benennung in %	
	Kita	Grundschule
Dienstberatungen	15,4	66,7
Teamberatungen/ Teamabsprachen	23,1	26,7
Konzept	15,4	20,0
Projektplanung/Projektumsetzung/Veranstaltungen	19,2	16,7
Tagesablaufgestaltung	23,1	-
Fortbildungsplanung	7,7	16,7
Schuljahresplanung	-	20,0
Elternarbeit	19,2	0
An allem / überall / stets	23,1	13,3

Wie bereits beim Themenkomplex „Demokratie“ beschrieben, ist Partizipation als ein zentraler Bestandteil der Demokratie anzusehen. Das Prinzip der Partizipation beinhaltet unterschiedliche Stufen der Beteiligung. Teilhabe, Mitwirkung, Mitbestimmung und Einbeziehung bedeutet, Entscheidungen zu teilen und gemeinsam Lösungen für Aufgaben und Probleme zu suchen und zu finden.

Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte der Kinder sind auf der internationalen Ebene in der Un-Konvention von 1989 nicht nur auf die Rechte des Kindes auf Schutz, Versorgung und Förderung festgelegt, sondern auch auf Beteiligung und freie Meinungsäußerung. Auf der nationalen Ebene werden dem Kind die gleichen Grundrechte wie dem Erwachsenen zugesprochen (vgl. Artikel 2 GG und Art. 7, Abs.1 GG). Im SGB VIII werden entsprechende Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte von Kindern aufgeführt. Für beide Bildungseinrichtungen existieren überdies noch spezifische rechtliche Grundlagen zur Partizipation. Die Beteiligungsrechte im schulischen Bereich richten sich auf die Schulorganisation im Allgemeinen als auch auf die Bildungs- und Entwicklungsprozesse für jeden einzelnen Schüler.

Partizipation wird als ein Leitlinien-Schwerpunkt von insgesamt 12 Leitlinien in Zusammenhang der Weiterentwicklung der Grundschulen im Landkreis Sömmerda aufgegriffen. Die offenen Ganztagsgrundschulen sollen eine Schulentwicklung verfolgen, der eine zielgerichtete Kooperation von Schulleitung, Lehrkräften, sozialpädagogischen Fachkräften, Eltern, Kindern, Schulträger und außerschulischen Partnern

immanent ist. Mitwirkungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten sowie Mitverantwortung bei Planungs-, Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen in Schule sollen umgesetzt werden (vgl. 2. Leitlinie – Partizipation und Zusammenarbeit, S. 2 der Leitlinien zur Weiterentwicklung der Grundschulen im Landkreis Sömmerda).

Für Kindertageseinrichtungen sind Partizipationsverpflichtungen im SGB VIII und im ThürKitaG verankert. Der Thüringer Bildungsplan unterstützt die Partizipation als ein notwendiges Grundprinzip des pädagogischen Handelns. Teamleitung und Teamarbeit werden eine Schlüsselrolle zugewiesen, da nur eine fortlaufende Teamentwicklung durch gemeinsame Absprachen, Beratungen, Planungsarbeiten und Teamschulungen die Ausgestaltung des Bildungsauftrages ermöglichen.

So erstaunt es auch nicht, dass 67 Prozent der befragten SchulleiterInnen die verpflichtend festgelegten *Dienstberatungen* als eine sehr bedeutsame Form der Beteiligung der Fachkräfte ansehen. *Teamberatungen* bzw. *Teamabsprachen* werden von beiden Einrichtungen als Beteiligungsform auf der Ebene der Fachkräfte benannt. Neben den verfassten Beteiligungsformen werden auch *alltägliche und Projektorientierte Formen von Partizipation* aufgeführt. Bemerkenswert ist, dass die Beteiligung der Fachkräfte an der *Tagesablaufgestaltung* lediglich von den Leiterinnen der Kindertageseinrichtungen aufgeführt werden. Die Auffassung (allerdings aus Leitungssicht) von immerhin insgesamt 18 Prozent der Befragten „an allem/ überall/stets“ partizipieren zu können erstaunt.

Entwicklungsmöglichkeiten zur Beteiligung der einzelnen Fachkräfte aus den Kindertageseinrichtungen werden vor allem im Bereich *Weiterbildung/Fortbildung* als auch in der selbstständigen Verantwortungsübernahme gesehen. Im Bereich der Grundschulen ist zu konstatieren, dass die Mehrheit der Befragten keine Entwicklungsmöglichkeiten benennen konnten bzw. für notwendig hielten (43 Prozent). Im Einzelnen wurden mit durch jeweils 10 Prozent der Befragten die *Qualifizierung der Beratungslehrer*, die *Präventionsarbeit* und die *Öffentlichkeitsarbeit* als noch zu entwickelnde Beteiligungsfelder benannt.

Anerkennenswert ist, dass die *Dienstberatung* und die *Teamberatung* von beiden Professionen als die geeignete Möglichkeit zur Reflexion der pädagogischen Haltung gewertet werden (vgl. Ergebnis zur Frage 12 und 13). Daneben wurden auch *Eltern-*

abende und *Weiterbildungen* als Optionen zur Reflexion der eigenen pädagogischen Haltung benannt.

Fazit:

Die von beiden Professionen unter dem Aspekt der Beteiligung benannten Formen der Dienstberatung und Teamabsprachen sollten als Dreh- und Angelpunkt angesehen werden, um Fachkräften die Wichtigkeit von demokratischen, kooperativen und kommunikativen Prozessen zu verdeutlichen. Um Kindern durch eine entsprechende Haltung und mit geeigneten Methoden Partizipation nahe zu bringen, bedarf es der Stärkung der Beteiligungskompetenz der ErzieherInnen und LehrerInnen durch Qualifikation (auch wenn einige der Befragten der Meinung sind, keine Entwicklungsmöglichkeiten zu erkennen). Es ist nicht ausreichend nur um die Bedeutung von Mitwirkung im Kindergarten- und Schulalltag zu wissen, sondern es bedarf bestimmter Kompetenzen, die Kinder zu aktiven Mitgestaltern des Lebensraums Kindertageseinrichtung und Schule werden lassen. Demokratische Entwicklungsprozesse bezogen auf beide Einrichtungen sind nur im Zusammenspiel von Fachkräften und Kindern zu befördern.

Kommunikation ist das wichtigste Werkzeug zu einer beteiligungsorientierten Mitarbeiterführung. Eine engagierte Beteiligung an der Gestaltung pädagogischer Prozesse, eine kooperative Konzepterstellung und eine teamorientierte und zugleich konstruktiv zielgerichtete Umsetzung von Besprechungen/Dienstberatungen sind im Rahmen der Fachberatung in Kindertageseinrichtungen zu vermitteln. Für Leitungsfachkräfte aus Kindertageseinrichtungen und Grundschulen ist Fortbilden zum Bereich „Kommunikation“ unter den genannten Gesichtspunkten anzuregen.

Partizipation bezogen auf Kinder

Tab. 9: Ergebnisse – Beteiligung Kinder am Tagesablauf

Wie werden Kinder an der Gestaltung des Tagesablaufes beteiligt ?	Häufigkeit der Benennung in %	
	Kita	Grundschule
Morgenkreis – Abstimmung zu Vorhaben am Tag	34,6	6,7
Beteiligung wird situationsbedingt umgesetzt	23,1	0
Mitsprache bei Spielangeboten/ Spielmaterial	15,4	0
bei Höhepunkten	19,2	6,7
Planung von Projekten	0	23,3
Arbeitsgemeinschaften	-	20,0
Wochenplanung	7,7	30,0
Übernahme von Diensten	7,7	13,3
Essen	11,5	0

Tab. 10: Ergebnisse – Beteiligung Kinder an der Raumgestaltung

Wo und wie werden in Ihrer Einrichtung Kinder gemeinsam an der Gestaltung von Räumen beteiligt ?	Häufigkeit der Benennung in %	
	Kita	Grundschule
Umräumen /Einrichten von Tischgruppen, Kleinmöbeln	38,5	16,7
Ausgestaltung der Flure mit Fotos, Bilder, Bastelarbeiten	7,7	16,7
Ausgestaltung Gruppen-/Klassenraum mit Bildern etc.	46,1	26,7
Bilderausstellung im Rahmen Kunstunterricht	-	13,3
Ausgestaltung mit Mitgebrachten von zu Hause	7,7	0
Ausgestaltung der Räume mit Ergebnissen aus den AGs	-	23,3
Fensterdekoration	11,5	13,3
Wandzeitung	3,8	16,7
Auswahl der Farben von Wänden	7,7	0
Auswahl von Spielmaterial/Spielecke im Raum	23,1	0

Tab. 11: Ergebnisse – Beteiligung Kinder – Themen und Interessen

Wo und wie werden in Ihrer Einrichtung Themen und Interessen der Kinder aufgenommen?	Häufigkeit der Benennung in %	
	Kita	Grundschule
in Gesprächen	23,1	46,7
innerhalb des Unterrichtes/ Hortarbeit/ Gruppenarbeit	15,4	20,0
im Rahmen von Projekten/ AGs	23,1	23,3
Erzählkreis/ Morgenkreis	50,0	13,3
Befragung	7,7	10,0
durch den Klassensprecher	-	13,3
Kummer-/Wunschkasten	-	30,0
Auswertung in Dienstberatungen durch die Pädagogen	7,7	16,7
Situationsbezogen	42,3	0
durch Beobachtung	11,5	0
Überall/ stets/ ständig	7,7	36,7

Tab. 12: Ergebnisse – Beteiligung Kinder – Methoden

Wo und wie werden in Ihrer Einrichtung Methoden der Kinderbeteiligung umgesetzt?	Häufigkeit der Benennung in %	
	Kita	Grundschule
durch die Auswahl der AGs	-	6,7
im Rahmen von Projektgestaltung	3,8	6,7
Klassensprecherwahl als demokratische Abstimmung	-	50,0
Aufstellen von Klassenregeln	-	10,0
demokratisches Abstimmen bei Entscheidungen	3,8	56,7
Ämterverteilung/ Dienste	7,7	6,7
Kinderjury	-	3,3
Ordnungsschüler	-	3,3
Stations-/Partnerarbeit im Unterricht	-	13,3
in Form von Gesprächen	38,5	0
im Rahmen der Gestaltung Tagesablauf	46,1	0
Kinderkonferenz	7,7	0
bei Festen / Feiern	15,4	0

Die offene Form der Beteiligung – der *Erzähl- und Morgenkreis* – wird von der Hälfte der befragten Leiterinnen der Kindertageseinrichtungen als die Methode zu Interessenwahrnehmung und Themenerkundung betrachtet und gleichzeitig auch als die Plattform zur Entscheidung über die Vorhaben im Tagesablauf eingeschätzt (35%). Mit zunehmendem Alter werden andere Beteiligungsformen eingesetzt. Darauf verweist das Ergebnis in Bezug auf die Grundschulen. Insgesamt 47 Prozent der SchulleiterInnen und Hortkoordinatorinnen favorisieren das direkte Gespräch mit Kindern (ohne Einbettung in feststehende Rituale bzw. Tagesablaufstrukturen), um Interessen und Belange in Erfahrung zu bringen. Positiv hervorzuheben ist, dass demokratisches Abstimmen bei Entscheidungen in den Grundschulen umgesetzt wird (57%).

Die beteiligungsorientierte Ausgestaltung von Räumen fokussiert durch das Anbringen von *kreativen und künstlerisch gestalteten Materialien* durch die Kinder, wobei letztendlich nicht geklärt ist, wie die Auswahl der Bilder etc. erfolgt. Hierbei geht es darum, wie die Kinder tatsächlich bei Entscheidungen zur Raumgestaltung einbezogen und eigene Vorstellungen äußern können. Interessant ist, dass in Kindertageseinrichtungen das *Umräumen bzw. Einrichten von Tischgruppen und Kleinmöbeln* für Kinder als Mitbestimmungsmöglichkeit gelebt wird (38%).

Insgesamt geben die Ergebnisse Hinweise darauf, dass in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen Erwachsene ihre Entscheidungsmacht vor allem bei Themen abzugeben bereit sind, von denen sie selbst nicht sehr betroffen sind (vgl. auch die Ergebnisse zur Jugendpartizipationsstudie der Bertelsmann Stiftung 2005). Wo die Partizipation der Kinder auch ihren eigenen Alltag tangiert, ist die Bereitschaft der Fachkräfte zur Machtabgabe deutlich weniger ausgeprägt. So werden Fragen zur *Unterrichtsgestaltung, zum Anschaffen von Unterrichts- und Beschäftigungsmaterial* sowie zur Art und Weise der *Gestaltung von Mahlzeiten* seitens der befragten SchulleiterInnen nicht in Betracht gezogen. Demgegenüber fällt in den Kindertageseinrichtungen das Ausblenden der Beteiligung der Kinder bei Projekten auf. Ebenso selten findet die *Übernahme von Pflichten bzw. Diensten* (z.B. Blumendienst, Tischdienst, Verantwortung für kleine Tiere etc.) durch die Kinder selbst Anwendung. Gerade mit der Übernahme von Verantwortung können Kinder zu der Erkenntnis gelangen, „Auf mich kommt es an!“ Eingebunden in soziale Kontexte erfahren Kinder Zugehörigkeit und Anerkennung.

Fazit:

Die Beteiligung von Kindern in Tageseinrichtungen als Mitentscheidung erfordert vor allem von den Erwachsenen hohe Kompetenzen. Die Struktur des Tages in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen bietet neben den notwendigen Routinen ausreichend Spielräume für spontane Veränderungen, die sich aus aktuellen Ereignissen und Bedürfnissen ergeben. Die pädagogischen Fachkräfte haben die Verantwortung, Kindern die Beteiligung zu ermöglichen und sowohl entwicklungsorientierte als auch alters- und situationsangemessene Formen des Mitmachens, Mitgestaltens und Mitentscheidens anzubieten. Die Ergebnisse der Befragung zeigen die Notwendigkeit zielgerichtet fördernde Faktoren der Partizipation zu vermitteln. Kompetenzen in der didaktischen Umsetzung von Beteiligungsformen, Kenntnisse über die Voraussetzungen der Beteiligung sowie die Überzeugung Partizipation nicht nur Nischenhaft und punktuell in den pädagogischen Alltag zu praktizieren sind als Bedarf in Bezug auf die pädagogischen Fachkräfte einzuschätzen. Wirkungsvolle Partizipation ist untrennbar mit der Entwicklung von Kompetenzen im Bereich Rhetorik, Kommunikation und Moderation verbunden. Themenorientierte Gespräche mit Kindern im Morgenkreis oder Gespräche im Schulalltag dürfen nicht auf der Ebene der Befragung verharren, sondern verlangen von den Fachkräften auch eine konsequente Berücksichtigung der Ideen und letztendlich eine Hinführung zum gemeinsamen Entscheiden bzw. Abstimmen. Der Spagat zwischen anregen statt anordnen, motivieren statt reglementieren, bestärken statt kritisieren und unterstützen statt begrenzen ist von den Fachkräften täglich zu meistern. Kinder brauchen engagierte und interessierte Interaktions- und Kommunikationspartner, die zuhören können und sich gemeinsam mit den Kindern auf die Suche nach Neuem machen. Neben der Dialogbereitschaft kommt der Beobachtung eine bedeutsame Rolle zu. Nur wenn Fachkräfte die Aktivitäten, Fähigkeiten und Bedürfnisse der Kinder bewusst beobachten und wahrnehmen, können Impulse zur Gestaltung selbst initiierten Aktivitäten gegeben werden.

Um die Dialog- und Beteiligungsbereitschaft der pädagogischen Fachkräfte zu fördern und weiter zu qualifizieren, bedarf es zum einen kritischer (Selbst)Reflexionsprozesse im Kontext eines kollegialen Austausches und zum anderen einer Fort-/Weiterbildung zu Gestaltungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten in Kindertageseinrichtungen und Schulen.

Wenn es Erwachsenen nicht gelingt, Kindern Macht abzugeben und mit ihnen zu teilen, wird es später auch nicht gelingen Jugendliche und junge Erwachsene zur politischen Teilhabe und Engagement anzuregen.

Partizipation bezogen auf Eltern

Tab. 13: Ergebnisse – Beteiligung Eltern

Wo und wie werden Eltern und Elternvertretung in Ihrer Einrichtung beteiligt ?	Häufigkeit der Benennung in %	
	Kita	Grundschule
Projekte	0	30,0
Fahrten/ Wandertage/ Exkursionen	7,7	23,3
Anschaffung von Materialien, Medien, Spielgeräte	15,4	13,3
Höhepunkte/Feste/Veranstaltungen	53,8	33,3
Schulkonferenz	-	26,7
Schulförderverein	-	6,7
Schulentwicklung	-	6,7
Bauliche Maßnahmen	7,7	6,7
Leitbild / Konzept	7,7	6,7
Elternbeiträge	11,5	-
Arbeitseinsätze	11,5	0
Sponsoring/ Spenden	23,1	0

Tab. 14: Ergebnisse – Beteiligung Eltern - Transparenz

Wo und wie werden in Ihrer Einrichtung Themen für Eltern transparent gemacht?	Häufigkeit der Benennung in %	
	Kita	Grundschule
Schülerzeitung/ Kindergartenzeitung	11,5	16,7
Elternbriefe	42,3	86,7
Elternabende	42,3	46,7
Stammtisch – Eltern- (Erzieher)	11,5	23,3
Schulkonferenz	-	6,7
persönliche Gespräche	30,8	36,7
Elternvertretungen/-sitzungen	11,5	23,3
Infotafel/ Aushänge	76,9	93,3
Presse	0	23,3
Schulförderverein/ Förderverein	3,8	10,0
Schulportal	-	10,0
Homepage/ e-mail	-	23,3

Tab. 15: Ergebnisse – Beteiligung Eltern - Austausch

Wo und wie erhalten Eltern in Ihrer Einrichtung die Möglichkeit zum Austausch?	Häufigkeit der Benennung in %	
	Kita	Grundschule
persönliche Gespräche	15,4	80,0
Stammtisch – Eltern- (Erzieher)	19,2	53,3
Elternabende	69,2	43,3
Elternversammlungen	7,7	26,7
Tür- und Angelgespräche	53,8	20,0
Schulkonferenz	-	23,3
Elternsprechstunde	-	23,3
Tag der offenen Tür	-	13,3
Veranstaltungen/ Feste/ Höhepunkte	42,3	13,3
Arbeitseinsatz	15,4	0
Elternbeirat	19,2	0

In den pädagogischen und sozialpädagogischen Diskussionen zu frühkindlicher Erziehung, Bildung und Betreuung wird die Relevanz der Elternarbeit immer wieder betont. Unabhängig davon, ob zwischen „Elternarbeit“, „Erziehungspartnerschaft“, „Erziehungskooperation“, „Elternberatung“ differenziert wird, ist der konstruktive Dialog zwischen Fachkräften und Eltern bedeutsam (vgl. Bamler 2011, S.2).

Gesetzlich betrachtet existieren für beide Bereiche entsprechend festgelegte Mitwirkungsverpflichtungen in Bezug auf die Beteiligung von Eltern. In Kindertageseinrichtungen wird dem Gremium Elternbeirat die Aufgabe zuteil, als Beirat die Zusammenarbeit zwischen dem Träger, der Einrichtung, den Eltern und den anderen an der Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder Beteiligten zu fördern. Des Weiteren sollen Eltern an der Weiterentwicklung der Qualität einbezogen werden (vgl. Bestimmungen gemäß § 6 abs. 4 ThürKitaG). Gleichzeitig müssen Kindertageseinrichtungen im Rahmen des Auftrages zum Wohl des Kindes den ständigen engen Austausch mit Eltern wahrnehmen und deren Anspruch auf Information und Beratung hinsichtlich aller Fragen zur Entwicklung ihres Kindes gerecht werden. Elternarbeit ist also sowohl auf der strukturellen als auch auf der individuellen Ebene verpflichtend zu leisten.

Im Thüringer Schulgesetz wird die Mitwirkung der Eltern im § 32 im Rahmen einer Elternvertretung festgeschrieben. Elternvertretungen wirken in Angelegenheiten mit, die für die Schule von allgemeiner Bedeutung sind. Der Elternmitwirkung stehen insbesondere Anhörungs-, Auskunfts- und Initiativrechte zu. Der Schulleiter, das zuständige Schulamt, der Schulträger und das für das Schulwesen zuständige Ministe-

rium prüfen im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Anregungen und Vorschläge der Elternvertretung innerhalb von vier Wochen und teilen dieses Ergebnis der jeweiligen Elternvertretung mit.

Partnerschaftliche Elternarbeit setzt die Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Fachkräften voraus. Während für die Eltern der Grundsatz der freiwilligen Zusammenarbeit gilt, gehört für die in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen tätigen PädagogInnen die Kooperation zum professionellen Selbstverständnis. Bezugspunkt des partnerschaftlichen Zusammenwirkens ist das Kind. Dabei kommen unterschiedliche Formen der Elternarbeit bis hin zur Elternbildung zum Tragen.

Die Ergebnisse weisen erwartungsgemäß eine Spannweite von Informations-, Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten von Eltern auf. Als besonders bedeutende Form der Zusammenarbeit hat sich das *Elterngespräch* herausgebildet. Elterngespräche sind keine ausschließlich punktuell stattfindenden Maßnahmen, sondern als eine anspruchsvolle pädagogische Querschnittsaufgabe einzuordnen, die den gesamten pädagogischen Arbeitsalltag durchzieht. Elterngespräche können vom Informations- und Meinungsaustausch bis hin zur fachlichen Beratung angelegt sein. Die in der Befragung benannten *persönliche Gespräche* wurden dahingehend nicht differenziert (Informationsgespräch, Entwicklungsgespräch, Aufnahmegespräch, themenorientiertes Gespräch, Beratungsgespräch, Konfliktgespräch etc.). Daher erstaunt es auch nicht, dass immerhin 80 Prozent der Befragten aus dem Grundschulbereich die *persönlichen Gespräche* als eine vielfach praktizierte Form der Elternarbeit benannt haben.

Für die Kindertageseinrichtungen sind vor allem die *Tür- und Angelgespräche* von Belang. Von 54 Prozent wurde diese Gesprächsform als Möglichkeit zum Austausch gewertet, wenngleich diese nur als ein kurzer und zumeist ungeplant angelegter Informationsaustausch einzuschätzen ist.

Neben den herkömmlichen Formen wie *Elternabende* und *Elternversammlungen* werden vor allem auch Angebote offener Geselligkeit und gemeinsamer Unternehmungen favorisiert. Die Planung und Umsetzung von *Höhepunkten/ Festen/ Veranstaltungen* werden auch als ein maßgebliches Beteiligungsfeld für die gesetzlich geregelten Elternbeiräte in Kindertageseinrichtungen (54%) und die Elternvertretungen in Grundschulen (33%) aufgeführt.

Gelegenheiten zum Austausch und für Anregungen werden auch durch die Einrichtung von *Stammtischen* wahrgenommen. Im Bereich der Grundschulen haben mehr als die Hälfte einen Stammtisch für Eltern installiert.

Um Eltern auch entsprechend Information und Aufklärung zu teil werden zu lassen, werden facettenreiche Instrumente einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit angewandt. Das *Anfertigen von Aushängen*, die *Gestaltung von Wandtafeln bzw. Pinnwänden* sind sowohl in Kindertageseinrichtungen (77%) als auch in Grundschulen (93%) die am häufigsten angewandte Methode, um Themen und Inhalte für die Eltern transparent bzw. zugänglich zu machen. *Elternbriefe* werden ebenso als Kommunikationsinstrument angewandt. Erstaunlich ist, dass die Nutzung *moderner Medien* (Homepage, e-mail, Schulportal) ausschließlich seitens der Grundschulen Anwendung finden. Gleiches Ergebnis ist mit Blick auf die Umsetzung einer *Pressearbeit* festzustellen. Das Schreiben und Verbreiten von Pressemitteilungen oder Themenbeiträgen wird von 23 Prozent der Grundschulen als Form der Elternarbeit genutzt. Positiv zu werten ist, dass auch bei dieser Fragestellung die *persönlichen Gespräche* von insgesamt einem Drittel der Fachkräfte aus Kindertageseinrichtung und Grundschulen aufgeführt werden.

Fazit:

Die Zusammenarbeit mit Müttern und Vätern ist eine kontinuierlich stattfindende, pädagogisch komplex angelegte und professionell zu gestaltende Aufgabe pädagogischer Fachkräfte. ErzieherInnen und LehrerInnen sind für Eltern wichtige zentrale AnsprechpartnerInnen und werden von ihnen als „UnterstützerIn“ bei vielfältigen Themen gefragt und gefordert. Eine kooperativ, partizipativ und respektvoll angelegte Zusammenarbeit mit Eltern, zum Wohl und im Interesse des Kindes, ist Bestandteil einer umfassenden Netzwerkarbeit und –pflege in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen.

Pädagogische Fachkräfte müssen sich mit ihren persönlichen Einstellungen, Vorstellungen und Anforderungen gegenüber Müttern, Vätern und damit auch Kindern auseinandersetzen. Es ist notwendig Eltern in ihrer Unterschiedlichkeit wahrzunehmen. Der Vielfältigkeit von Müttern und Vätern in Bezug auf soziale, religiöse, ethnische, kulturelle Herkunft, physische und psychische Voraussetzungen, biografische Erfahrungen, stützende oder belastende Lebensbedingungen muss offen, sensibel und kreativ begegnet werden. Das Wissen und die Reflexion um die Vielfalt und Hetero-

genität von Kindheit und Familie ist ein wesentlicher Aspekt, der bei der Zusammenarbeit mit Eltern und bei der Gestaltung von Elterngesprächen berücksichtigt werden muss. Fachkräfte benötigen vor diesem Hintergrund für die Gestaltung von Elterngesprächen neben fachlichem auch Interaktions- und Kommunikationswissen, um eine positive und von gegenseitiger Wertschätzung getragene Beziehung zu den Eltern aufbauen zu können. Der Umgang mit Werten wie Ehrlichkeit, Offenheit und Respekt ist Grundlage für eine vertrauensvolle Elternarbeit.

Eltern als Bündnispartner zu gewinnen bedarf es einer Vielzahl unterschiedlicher Elemente der Elternarbeit, die zielgerichtet eingesetzt werden müssen. Informationen richtig zu lesen (z.B. Elternbrief, Aushang) oder zu hören (z.B. beim Elternabend), sie zu verstehen und mit ihnen entsprechend umzugehen, bedeutet für die pädagogischen Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen und Grundschule Wissen um die Möglichkeiten einer angemessenen und bedarfsgerechten Informationsweitergabe an Eltern.

Eine Vielfalt von Angeboten zur Elternbeteiligung stellt sicher, dass auch die ganze Vielfalt von Eltern zum Mitmachen angeregt werden kann. Angebote zur Elternbildung sind in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen zu befördern, um die Erziehungspartnerschaft zu einer Bildungspartnerschaft auszubauen. Wie die Erziehung soll auch die Bildung zur gemeinsamen Aufgabe werden, die von beiden Seiten verantwortet wird. Wenn Eltern eingeladen werden, ihr Wissen, ihre Kompetenzen oder ihre Interessen in die Kindertageseinrichtung einzubringen, erweitert sich das Bildungsangebot. Wenn Eltern mit Kindern diskutieren, in Kleingruppen oder Einzelgesprächen, bringen sie andere Sichtweisen und Bildungsperspektiven ein. Wenn Eltern Lerninhalte zu Hause aufgreifen und vertiefen, wird sich dies auf die Entwicklung des Kindes positiv und nachhaltig auswirken.

Themenkomplex 6 - Kommunikation

Tab. 16: Ergebnisse – Kommunikation mit Kindern

Wo und wie wird in Ihrer Einrichtung Kommunikation mit Kindern gestaltet ?	Häufigkeit der Benennung in %	
	Kita	Grundschule
im gesamten Tagesablauf	100,0	100,0
Morgenkreis	26,9	3,3
Projektbezogen	7,7	0
Montagskreis – Reflexion vom Wochenende	11,5	3,3
mit Büchern	11,5	0
beim Anlegen von Portfolio	7,7	0
Rollenspiele	7,7	6,7
gemeinsame Tagesauswertung	0	6,7
Geschichten nacherzählen	7,7	0

Kommunikation wird erwartungsgemäß in beiden Einrichtungsarten im gesamten Tagesgeschehen praktiziert. Wie Verständigungsprozesse ausgestaltet werden, ist situationsbedingt. Pädagogische Fachkräfte gestalten bewusst Kommunikationssituationen und schaffen dadurch für die Kinder eine vertrauensvolle Atmosphäre. Neben verbalen werden auch nonverbale Mittel angewandt. Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass sowohl in Kindertageseinrichtungen als auch in Grundschulen Kinder Gelegenheiten erhalten, ihre Gedanken, Vorstellungen und Erlebnisse mitzuteilen. Der bereits schon vielfach benannte *Morgenkreis* wird von 27 Prozent der pädagogischen Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen als eine Form der Kommunikation eingeschätzt. Gleichsam ist der sogenannte *Montagskreis* einzuordnen, welcher aber ausschließlich auf die Reflexion des Wochenendes und damit dem Ankommen am Montag dienen soll. Auch bei diesen Befund fällt wiederholt auf, dass gruppenbezogene Gesprächsrunden, wie der Morgenkreis, gestaltet als tägliches Ritual, kaum in Grundschule angewandt werden. Die von nur 6,7 Prozent der Befragten aus Grundschulen praktizierte *gemeinsame Tagesauswertung* ist unter dem Aspekt Soziales Lernen als eine sehr geeignete Methode zu werten.

Tab. 17: Ergebnisse – Aushandlung von Regeln mit Kindern

Wo und wie werden in Ihrer Einrichtung Kinder an der Aushandlung von Regeln beteiligt ?	Häufigkeit der Benennung in %	
	Kita	Grundschule
Feste Regeln bestehen schon	26,9	-
Feste Regeln bestehen in Schulordnung u. Hausordnung	-	73,3
Klassenregeln werden gemeinsam aufgestellt /visualisiert	-	43,3
Gemeinsame Erarbeitung von Hortregeln	-	26,7
Kindgerechtes Formulieren von Regeln	-	10,0
Regeln teilen Erzieher den Kindern mit und kontrollieren	15,4	0
Regeln werden im Spiel vereinbart	11,5	0
Regelverstöße werden kommuniziert	7,7	0
Aushandlung von Regeln in Form von Gesprächen	19,2	30,0
Gruppenregeln werden visualisiert	11,5	-
Nutzung von Büchern bei der Aufstellung von Regeln	7,7	0
Regelkatalog wurde gemeinsam erstellt	7,7	6,7
Einsatz von Farbkarten	7,7	-
Absprache zwischen Klassensprecher, SchulleiterIn und Hortkoordinatorin zu Regeln	-	6,7

In Kindertageseinrichtungen und Grundschulen bestehen klare Festlegungen, die Kindern bekannt sind. Diese dienen der Sicherheit und ermöglichen Kindern eine Orientierung. Neben diesen Regeln müssen aber auch Regeln mit den Kindern gemeinsam ausgehandelt werden, die bspw. das Gruppenleben oder den Klassenverband betreffen. PädagogInnen haben bei der Aushandlung von Regeln facettenreiche Möglichkeiten geeignete Formen der Beteiligung umzusetzen und Kinder in ihrer Äußerung von Ideen, Meinungen und Vorschlägen als einen gleichberechtigten Kommunikationspartner wahrzunehmen.

Für annähernd ein Drittel der befragten SchulleiterInnen und Hortkoordinatorinnen werden *Regeln in Form von Gesprächsrunden* vereinbart. Die Regeln werden allerdings in *Hort- und Klassenregeln* differenziert. Dieser Befund zeigt, wie bereits bei den Ergebnissen zum konzeptionellen Profil, die Trennung des Lernbereiches vom Hortbereich, obwohl die Klasse als Gruppe von Schülern als sozialer Bezugspunkt besteht.

In Kindertageseinrichtungen werden von 19 Prozent der Befragten altersgerecht ausgestaltete *Gespräche als Aushandlungsfeld von Regeln* genutzt. Der Einsatz von *Visualisierungstechniken* verhelfen die Regeln für jedes Kind klar, eindeutig und anschaulich nachvollziehbar zu gestalten. Diese Methoden kommen allerdings sehr gering zum Tragen (11 %). Die *Vereinbarung von Regeln im Spiel* wird auch eher selten praktiziert. Für die Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen ist resümierend aus den

Ergebnissen zu konstatieren, dass Schwierigkeiten in der kreativen und beteiligungsorientierten Aushandlung von Regeln gemeinsam mit Kindern bestehen. Als Verunsicherung der ErzieherInnen ist zu nennen, dass diesen oftmals nicht bewusst ist, wie Kinder auch im Kleinkindalter partizipieren können.

Tab. 18: Ergebnisse – Konfliktlösung mit Kindern

Wo und wie werden in Ihrer Einrichtung Konflikte zwischen Kindern gelöst?	Häufigkeit der Benennung in %	
	Kita	Grundschule
mit Geschrei zwischen den Kindern	11,5	0
körperliche Auseinandersetzung zwischen den Kindern	19,2	0
Gespräche zwischen Erzieherin und Kindern	42,3	36,7
Konflikte sollen Kinder selbstständig lösen	38,5	36,7
individuelle Gespräche mit Eltern	7,7	30,0
Intervention der Erzieherin nur im Notfall	34,6	26,7
Beobachtung durch Erzieherin ggf. Einmischen	15,4	0
über Diskussion	7,7	0
unmittelbar/sofort Konfliktlösung	7,7	43,3
Mit Hilfe von Rollenspielen	0	13,3
Projekt: Faustlos	-	33,3

In Kindertageseinrichtungen und Grundschulen erleben Kinder unterschiedliche Einstellungen und Meinungen. ErzieherInnen und LehrerInnen tragen durch ihr Verhalten dazu bei, dass unterschiedliche Auffassungen und Konflikte als Teil der Lebensrealität von Kindern und Erwachsenen akzeptiert und von allen Beteiligten besprochen werden.

Die Ergebnisse zeigen erwartungsgemäß, dass die PädagogInnen nicht sofort in *Konfliktsituationen zwischen Kindern eingreifen*. Nur wenn die Konflikte gewaltsam ausgetragen werden und schwächere Kinder geschützt werden müssen, greifen 35 Prozent der befragten Pädagoginnen in Kindertageseinrichtungen und 27 Prozent der PädagogInnen in Grundschulen ein. Bemerkenswert ist, dass ein Großteil beider Professionen die Auffassung (37 bzw. 38 Prozent) vertreten, *Kinder sollten die Konflikte selbstständig lösen*. Gleichsam finden aber auch *Gespräche zwischen ErzieherInnen und Kindern zur Konfliktentschärfung oder Konfliktbewältigung* statt. In Grundschulen wird eine *zeitlich unmittelbare Konfliktlösung* angestrebt (43 Prozent). *Individuelle Gespräche mit Eltern* werden von fast einem Drittel der pädagogischen Fachkräfte in Grundschulen als eine Möglichkeit zur Konfliktlösung benannt, während die Einbeziehung der Eltern in den Kindertageseinrichtungen eine eher untergeordnete Rolle spielt. Vielmehr setzen die ErzieherInnen in Kindertageseinrichtungen auf die *Beobachtung der Situation*, um ggf. in die Konfliktbewältigung einzugreifen oder

diese zu begleiten. Der altersgemäßen Förderung der Konfliktfähigkeit und die Unterstützung zur Entwicklung von Lösungsstrategien wird Rechnung getragen. Deutlich wird dies im *Nutzen von projektorientierten Methoden* und dem *Einsatz von Rollenspielen* in der Grundschule. Ein Drittel der Grundschulen nutzen das Projekt „Faustlos“ als Chance für soziales Lernen im Kontext von Konfliktbewältigung.

Fazit:

Pädagogische Fachkräfte sollten in der täglichen Arbeit mit den Kindern vielfältige Kommunikationsmöglichkeiten anwenden. In Kindertageseinrichtungen haben sich gruppenpädagogische Methoden verbunden mit einem ritualen Charakter bewährt. Kinder im Grundschulalter sollten Möglichkeiten zum Meinungs austausch gegeben werden. LehrerInnen und ErzieherInnen sollten eine Sprache anwenden, die sich an den Stärken der Kinder orientiert. Kommunikationssituationen die ausschließlich aus Anweisungen bestehen sind zu vermeiden. Eher ist der Fokus auf die Schaffung von Gelegenheiten zum freien Gedanken- und Ideenaustausch zu legen. Die Ermöglichung einer gleichberechtigten Kommunikation mit allen Kindern und deren Mitsprache und Beteiligung sind Grundlagen um Aushandlungsstrategien zu erlernen. Eine gemeinsame Aufstellung von Regeln die bspw. durch Symbole oder andere Methoden in der Gruppe und Klasse visualisiert werden, zeigt Kindern, dass ihre Bedürfnisse und Interessen wichtig sind um eigene Möglichkeiten und Grenzen kennen zu lernen.

PädagogInnen sollten Konflikte in der Kindertageseinrichtung und Grundschule als soziales Lernen begreifen und Kinder bei eigenen Lösungsvorschlägen ernst nehmen und begleiten. Ein kollegialer Austausch zwischen den Fachkräften kann als Plattform dienen, um Optionen einer konstruktiven Konfliktlösung herauszufinden. Es ist eine wichtige Aufgabe der pädagogischen Fachkräfte die sprachlichen und nonverbalen Signale jedes Kindes wahrzunehmen und mit ihm zugewandt und wertschätzend zu kommunizieren. Wertschätzung der Kinder bedeutet die Einmaligkeit und Besonderheit jedes Kindes anzuerkennen und sie in allen Situationen, beispielsweise Kritik, respektvoll zu behandeln (vgl. Sturzbecher, D./ Dietrich, P.S., 2010, S. 4).

Als Entwicklungsmöglichkeiten für eine wertschätzende Kommunikation benannten die befragten Leiterinnen der Kindertageseinrichtungen den kollegialen Austausch intensiver zu pflegen und gegenüber den Kindern mehr mit positivem Feedback zu

arbeiten. Der Einsatz von Feedback wurde auch seitens der Grundschulen als eine wichtige Ressource zur Verbesserung der Kommunikation benannt. Besonders mangelnde Zeit wurde als Hemmnis hinsichtlich der Anwendung einer wertschätzenden Kommunikation eingeschätzt.

Mittels geeigneter Fort- und Weiterbildung können Möglichkeitsräume als auch veränderte kommunikative Methoden wie Feedback oder gewaltfreie Kommunikation gelernt bzw. verfestigt werden. Insbesondere das Geben und Empfangen von Feedback ist eine wirksame Möglichkeit, Kinder zu unterstützen und zu ermutigen. Dazu bedarf es allerdings einer entsprechenden Bereitschaft und Haltung sich auf dem Weg der gleichberechtigten Kommunikation mit Kindern zu begeben. Aber auch im Tagesablauf sind ErzieherInnen und LehrerInnen aufgefordert, dass eine Vielfalt von kommunikativen Situationen entstehen kann: Unterhalten mit den Kindern bei alltäglichen Routinen, Initiieren von Gruppenaktivitäten wie Gesprächskreise, Erzählen und Vorlesen sowie darstellendes Spiel. Der Gestaltung der Räume ist Grundlage inwieweit vielfältige Interaktions- und Kommunikationsformen entwickelt werden können (z.B. bewegliches Mobiliar, mit denen Kinder selbst Kommunikationsräume schaffen können). Eine Gesprächsatmosphäre, die durch Akzeptanz, Offenheit, Vertrauen und Freundlichkeit gekennzeichnet ist die Grundlage für sprachliche Ausdrucksfreude und Zugehörigkeit der Kinder.

Die Fachberatung gemäß § 15a ThürKitaG sollte Impulse zur Förderung von vielfältigen Interaktions- und Kommunikationsformen geben und insbesondere auf die Einbeziehung von Kindern bei der Erarbeitung von Gruppenregeln aufmerksam machen.

Themenkomplex 7 - Kooperation

Um kindliche Entwicklungs- und Bildungsprozesse optimal zu unterstützen, bedarf es verschiedener Netzwerk- und Kooperationspartner. Das Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz bietet rechtliche Grundlagen zur Zusammenarbeit mit Dritten. Neben der Zusammenarbeit mit Tagespflegepersonen werden auch andere kinder- und familienbezogene Institutionen und Initiativen im Gemeinwesen benannt (vgl. § 22a Abs.2 SGB VIII und § 6 Abs.2 ThürKitaG). Auf die gute Ausgestaltung des Übergangs zur Schule wird dabei ebenso fokussiert.

Für den Bereich der Schulen eröffnet das Thüringer Schulgesetz auch Ansatzpunkte zur Kooperation und Vernetzung. Der Bildungs- und Erziehungsauftrag verpflichtet

die Schulen insbesondere bei der Einschulung, beim Schulwechsel und beim Übergang in die weiterführenden Schulen zu einer engen Zusammenarbeit untereinander sowie mit den vorschulischen Einrichtungen und mit außerschulischen Einrichtungen, die an der Bildung und Erziehung beteiligt sind (vgl. § 2 Abs. 4 ThürSchulG). Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe ist im § 55a Thüringer Schulgesetz geregelt und beinhaltet unter anderem den Auftrag an die Schule, die Jugendhilfe im Rahmen ihres Bildungs- und Erziehungsauftrages zu unterstützen. Die *Leitlinien zur Weiterentwicklung der Thüringer Grundschule* als auch das erarbeitete *Rahmenkonzept für die Erprobungsmodelle* untermauern den Gedanken der Kooperation mit der Jugendhilfe in der Form, dass auf eine „enge Kooperation mit der Kinder- und Jugendhilfe als fester Aufgabenbestandteil“ fokussiert wird und „die offenen Ganztagsgrundschulen durch die Übernahme der Prinzipien der Kinder- und Jugendhilfe ihr Erziehungs-, Bildungs- und Betreuungsangebot durch ein Beratungs-, Förder- und Vorsorgeleistungsangebot für Kinder und Jugendliche sowie durch ein Beratungs- und Unterstützungsangebot für Eltern erweitern“ (vgl. Leitlinien zur Weiterentwicklung der Thüringer Grundschule, S.2). Explizit wird auch die Gestaltung von Übergängen, insbesondere die Entwicklung und Pflege kooperativer Arbeitsstrukturen mit den Kindertageseinrichtungen formuliert.

Insgesamt betrachtet ist zu konstatieren, dass Kooperation eine mit vielen positiven Erwartungen verbundene Problemlösungsstrategie darstellt, um den komplexen Herausforderungen der Erziehung, Bildung und Betreuung gerecht zu werden.

Nicht jede Kooperation ist zugleich ein Netzwerk. Die verschiedenen Formen von Netzwerkstrukturen entstehen aus unterschiedlichen Intentionen. Kennzeichnend für alle Kooperationen und Netzwerke sind Aushandlungsprozesse, die sich gemeinsam auf die Nutzung vorhandener oder noch zu erschließender Ressourcen konzentrieren. Ein entscheidender Aspekt ist dabei, Netzwerke als gemeinsames Lernfeld aller Beteiligten zu entwickeln, um tragfähige Strukturen und eine Netzwerkkultur der Verantwortung herzustellen.

Tab. 19: Ergebnisse – Kooperation

Wo und wie gestalten in Ihrer Einrichtung PädagogInnen die Kooperation mit der Grundschule(hort) bzw. Kita ?	Häufigkeit der Benennung in %	
	Kita	Grundschule
Erarbeitung Kooperationskalender	15,4	3,3
Teilnahme an Schulkonferenz	7,7	-
Hospitationen	26,9	10,0
Schnuppertage für Erzieher, Kinder und Eltern	24,6	56,7
Kooperationsvereinbarung	7,7	6,7
Gemeinsame Fortbildungen	15,4	6,7
Gemeinsame Gestaltung von Elternabenden	7,7	13,3
Gemeinsame Ausgestaltung von Festen/Veranstaltungen	26,9	23,3
Regelmäßige Gespräche/ Arbeitskreis/ Erfahrungsaustausch/ Treffen	53,8	30,0
Gemeinsame Nachmittage	7,7	6,7
Übernahme von Patenschaften	7,7	10,0
Tag der offenen Tür	7,7	13,3
Gemeinsame Projekte	0	16,7
Verankerung im Konzept	0	10,0

Die Ergebnisse der Befragung zeigen, dass in der Praxis vielfältige Kooperationsbemühungen bestehen, welche in ganz unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit münden. Die gemeinsame Gestaltung der Übergänge von der Kindertageseinrichtung zur Grundschule ist als der Schwerpunkt innerhalb der Kooperationsbeziehungen zu werten. Sowohl die pädagogischen Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen (54 %) als auch die der Grundschule (30 %) pflegen den *partnerschaftlichen regelmäßigen Dialog* und schaffen somit optimale Bildungsbedingungen für die Kinder. Gegenseitige *Besuche in Form von Hospitationen oder Schnuppertagen* sind ebenso verbreitet wie das *gemeinsame Zusammenwirken bei der Ausgestaltung gesellschaftlicher Aktivitäten*.

Fazit:

Die Kooperationsbeziehungen zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen bieten eine gute Möglichkeit, die gemeinsame Dialogkultur um Aspekte der Wert-erziehung, Vielfaltförderung und Demokratiestärkung zu erweitern. Dabei sollten auch Kompetenzen anderer lokaler Akteure wie Bürgermeister oder Einrichtungen wie Bibliotheken genutzt werden.

Potenzial ist in der gemeinsamen Gestaltung von Elternabenden und in der gemeinsamen Fortbildung zu sehen. Zur Planung, Durchführung und Evaluation der Kooperation sind gemeinsame Fortbildungen als zentraler Impulsgeber einzuschätzen. Ge-

zielte Maßnahmen zur Weiterentwicklung für das Kooperationsteam unter den Gesichtspunkten einer gemeinsamen Verständigung über die pädagogischen Schwerpunkte hinsichtlich der Wertevermittlung, Beteiligungsorientierung und Kommunikation den Fachkräften sind zu vermitteln.

Feste Ansprechpartner für die Kooperation in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen sind zu empfehlen, um eine stetige und konstruktive Zusammenarbeit zu entwickeln und zu sichern. Die sich nunmehr entwickelnde Erarbeitung eines Kooperationskalenders, festgelegt für ein Jahr, gibt die notwendige Absicherung für die zu bewältigenden Schwerpunktsetzungen.

Themenkomplex 8 - Gemeinwesen

Moderne Kindertagesbetreuung beinhaltet nicht nur die direkte pädagogische Arbeit mit den Kindern, sondern ist auch bezogen auf den sozialen Kontext im Stadtteil bzw. in der Gemeinde. Gemeinwesenorientierung gilt schon seit langem als Fachstandard für Kindertageseinrichtungen. Die Kontakte zwischen Öffentlichkeit, Politik und den Kindern sowie pädagogischen Fachkräften wirken dabei in beide Richtungen.

Die Bildung von Sozialraumorientierten Netzwerkangeboten wird als erste Leitlinie für die Grundschulen im Kontext ihrer Entwicklung zu offenen Ganztagschule formuliert. Inhaltlich wird diese Zielstellung mit der Vernetzung von unterrichtlicher und außerunterrichtlicher Angebote unter Einbezug der bereits vorhandenen vielfältigen außerschulischen Bildungsangebote im Gemeinwesen beschrieben.

Aus den Ergebnissen der Befragung ist zu vermerken, dass vorrangig *Veranstaltungen und Festlichkeiten im Ort oder bei Senioren* als Gemeinwesenbezug verstanden werden. Immerhin 81 Prozent der befragten Leiterinnen aus Kindertageseinrichtungen ordnen das *Singen bei Senioren* der Gemeinwesenarbeit zu. Außerdem benannten 69 Prozent die *Mitwirkung bei Festen/ Veranstaltungen im Ort* als Kernpunkt ihrer gemeinwesenorientierten Arbeit. Gleicher Befund ist auch für die Grundschulen zu konstatieren: 63 Prozent *Mitwirkung bei Festen/ Veranstaltungen* und 23 Prozent *Singen bei Senioren*. Die *Kooperation mit Vereinen im Ort* wird von der Hälfte der Kindertageseinrichtungen und von fast einem Viertel der Grundschulen praktiziert. Die Anbindung an die Gemeinde durch *Kontaktpflege mit dem Bürgermeister* ist bei beiden Einrichtungsarten selten gegeben.

Tab. 20: Ergebnisse – Gemeinwesenorientierung

Wo und wie engagiert sich in Ihre Einrichtung im Stadtteil oder in der Gemeinde?	Häufigkeit der Benennung in %	
	Kita	Grundschule
Singen bei Senioren (Geburtstage, Weihnachten)	80,8	23,3
Mitwirkung bei Festen/Veranstaltungen im Ort	69,2	63,3
Kooperation mit Feuerwehr	19,2	10,0
Kooperation mit Vereinen im Ort	50,0	23,3
Kooperation mit Gewerbe, Betrieben, Firmen im Ort	7,7	10,0
Mitwirkung am Runden Tisch beim Bürgermeister	7,7	0
Patenschaften	7,7	0
Tag der offenen Tür	15,4	0
Anbindung an Kirchengemeinde	23,1	0
Spenden Organisation	0	6,7

Fazit:

Wenn Kinder in Partizipationsprojekten persönliche Kontakte zur Politik herstellen konnten, können sie später durchaus auf die Idee kommen, diese weiter zu nutzen. Andererseits kann auch Politik Kinder als kompetente Partner im Gemeinwesen entdecken. Vor allem in kleinen Gemeinden zeigen sich gute Bedingungen für persönliche Kontakte. Damit Kinder befähigt werden sich für die eigenen Angelegenheiten einzumischen sind ErzieherInnen, LehrerInnen und Vertreter der kommunalen Politik gleichermaßen gefordert Erfahrungsräume und eine Partizipationskultur zu schaffen. Dies stellt Anforderungen an die pädagogischen Fachkräfte die Öffnung der Kindertageseinrichtung oder Grundschule in den öffentlichen und politischen Raum dauerhaft zu praktizieren. Um bildungsfördernde Lernwelten im Interesse von Kindern gestalten zu können, bedarf es einer kommunalen Verantwortungsgemeinschaft.

Der Fachberatung für Kindertageseinrichtungen, aber auch die verantwortlichen Fachkräfte für die Grundschulen müssen durch eine konzeptionelle Beratung auf die Bedeutung des Gemeinwesenbezuges aufmerksam machen und entsprechende fachliche Eckpfeiler zur Erweiterung der Nutzung lokaler Ressourcen vermitteln. Besonders die Beschränkung auf die Mitwirkung zu Veranstaltungen durch die Kinder (oftmals ohne das Kinder genau wissen worum es geht) sind zur wahren Partizipation weiterzuentwickeln. Die vielfach praktizierte dekorative Mitwirkung⁶ oder eine sogenannte Alibi-Teilnahme sind kritisch zu hinterfragen. Auch unter dem Gesichtspunkt Gemeinwesen kommt der Qualifizierung, Weiterbildung und Beratung der pädagogi-

⁶ Der Begriff der „Dekoration“ wurde von *Roger Hart* (1992) und *Wolfgang Genert* (1993) in die Stufen der Partizipation eingebunden und rangiert in den insgesamt neun gebildeten Partizipationsstufen auf Platz zwei nach der „Fremdbestimmung“ und noch vor der „Alibi-Teilnahme“. Die Autoren haben versucht, verschiedene Stufen der Partizipation von Kindern, die von reiner Fremdbestimmung bis hin zur Selbstverwaltung reichen, zu unterscheiden.

schen Fachkräfte eine elementare Bedeutung zu. Das Nutzen von Fähigkeiten von Personen aus dem Stadtteil oder der Gemeinde für gemeinsame zu verstetigende Projekte (welche auch ihre konzeptionelle Verortung in das Profil der Einrichtung bedürfen) sind richtungsweisend. Im konzeptionellen Verständigungsprozess sollten die Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen sich über Strategien und Methoden zur Gemeinwesenorientierung bzw. Quartiers- oder Stadtteilorientierung verständigen und dieses als grundlegendes Prinzip aufgreifen.

3. Ressourcenanalyse

Im Rahmen der Recherchen für diese Analyse wurde der Blick auch auf die Aktivitäten, die mit dem Themenfeld im Zusammenhang stehen gerichtet. Allerdings wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Vielmehr werden lokale Netzwerke und Strukturen in verschiedenen Schwerpunktbereichen aufgeführt und besonders relevante Organisationen und Initiativen beschrieben, die unmittelbar Auswirkung auf die Handlungsfelder Kindertageeinrichtungen und Grundschulen haben.

In den Bereichen der Jugendhilfe und Schule gibt es eine Vielzahl an Kooperationsbündnissen die für die Gesamtstrategie zum Lokalen Aktionsplan nutzbar gemacht werden können. Diese gewachsenen Strukturen der Zusammenarbeit bieten geeignete Rahmenbedingungen (Stetigkeit, Professionalität), Akteure für das Themenfeld der Demokratie-, Werte- und Vielfaltförderung zu gewinnen. Zu nennen sind in diesem Kontext:

- Regionales Netzwerk "Soziales Frühwarnsystem" unter dem Aspekt Kinder- und Jugendschutz;
- Kooperationsverbund "Jugendhilfe und Schule" /Kommunale Bildung;
- Kooperationsverbund "Jugendkriminalitätspräventionsprojekt - Zusammenarbeit Jugendhilfe, Gericht, Staatsanwaltschaft, Polizei";
- Netzwerk "Hortkoordinatoren" ;
- Netzwerk "Sozialpädagogen an Grundschulen " .

Das Wirken des Jugendamtes in den kommunalpolitischen Raum wurde durch die seit dem Jahr 2005 bestehenden sozialräumlich orientierten Austauschrunden mit den Bürgermeistern auf der Ebene der Verwaltungsgemeinschaften unterstützt. Die Kontakte mit den Vertretern der Gemeinden (Vorsitzende der Verwaltungsgemeinschaften, Bürgermeister, Gemeinderäte) stellen ein sehr wichtiges Instrument des Informationsaustausches und der Netzwerkarbeit dar. Präventive Strategien zur Kinderdelinquenz und Jugendkriminalität wurden stets kommuniziert. Des weiteren kristallisierte sich in den letzten Jahren die Thematik der Kindertagesbetreuung im Kontext der aktuellen Bildungsanforderungen heraus. Der Transfer aktueller Belange von Kindern, Jugendlichen und deren Familien in den politischen Wirkungskreis stellt eine geeignete Ressource dar, um Maßnahmen zur Sozialraumorientierung

einerseits zu befördern und andererseits politisches Engagement für den lokalen Aktionsplan anzuregen.

Eine zu nutzende Ressource stellt das weitgefächerte und etablierte Netz zum „Sozialen Frühwarnsystem im Landkreis Sömmerda“ dar, welches beginnend seit 2007 aufgebaut und gepflegt wird. Die zahlreichen Schnittstellen und gewachsenen Arbeitsbeziehungen mit vielen anderen Systemen und Akteuren im Landkreis (bspw. Schulsystem, Justiz, Gesundheitssystem, Bürgermeister, Arbeitsverwaltung, Vereinen, Initiativen) können für die Umsetzung der Ziele und Inhalte des Aktionsplanes zugänglich gemacht werden. Die Auseinandersetzung zum Kinderschutz sollte um den Schutz vor demokratiefeindlichem Gedankengut und daraus resultierenden Verhaltensweisen erweitert werden.

Die Verortung der Akteure, wie die Elternsprecher der Schulen im Landkreis oder die Vertreter der Schulfördervereine im Netzwerk können die Einbindung der Zivilgesellschaft erleichtern.

Das Ineinandergreifen von zivilgesellschaftlichem Engagement und der Förderung weltoffener und demokratischer Strukturen im basalen, elementaren und primären Bildungsbereiches befördert die Umsetzung einer Gesamtstrategie im Landkreis Sömmerda.

Lokale Bündnisse oder Aktionsnetzwerke gegen Rechts, wie diese in Thüringen beispielsweise in Jena oder Weimar bestehen, existieren im Landkreis Sömmerda nicht. Dies ist aber nicht dahingehend zu wertend, dass in der Zivilgesellschaft keine Akteure, welche aktiv gegen Rechts wirken, bestehen. Im Landkreis Sömmerda sind Ereignisse mit sichtbarem menschenfeindlichen Hintergrund selten berichtet. Dennoch kommen sie vor und müssen kommuniziert werden.

Der THEPRA Landesverband Thüringen e.V. hat in Sömmerda ebenfalls im Rahmen des Landesprogramms im Bereich der Jugendarbeit im Jahr 2011 projektbezogen gewirkt. Ausgangspunkt für die Umsetzung eines thematischen workshops waren aktuelle Beschädigungen mit teilweise rechtsradikalen Inhalten in der Stadt Sömmerda. Doch diese Zugangsform für Zivilcourage und zur Auseinandersetzung über Jugendgewalt und Vandalismus blieb ohne Resonanz der Bürger und zeigt deutlich, dass das Herstellen einer aktiven Bürgerschaft mehr über die persönliche Ansprache und deren Einbindung in das konkrete Bestätigungsfeld erfolgen muss. Werden Eltern im Kontext ihrer Erziehungsverantwortung in der Kindertageseinrichtung oder Grund-

schule sensibilisiert (welches sie auch unmittelbar tangiert), kann es gelingen sie für ein Mitwirken zur Unterstützung von Toleranz, Vielfalt und Demokratie aufzuschließen.

Die Gewinnung lokaler Akteure im Verbund eines kommunalen Netzwerkes. Diese ist letztendlich für die kommunale Gesamtstrategie. Wichtig ist, dass sowohl kommunal orientierte Akteure (Kommunalpolitiker) mit operativ orientierten Akteuren (z.B. Vertretern der Fachebene, Eltern, Ehrenamtliche) koordiniert zusammenarbeiten.

Letztendlich verlangt die spezifische präventive Schwerpunktsetzung auf Demokratiestärkung sowie Werte- und Vielfaltförderung im Bereich der basalen, elementaren und primären Bildung die Aktivierung von Ressourcen im unmittelbaren Handlungsfeld Kindertageseinrichtung und Grundschule bezogen auf die Zielgruppen der pädagogischen Fachkräfte, Kinder und Eltern.

4. Zusammenfassung der Ergebnisse

Die wichtigsten Befunde als Grundlage für die Empfehlungen des Lokalen Aktionsplanes im Landkreis Sömmerda lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Themenkomplex 1 - Konzeptionelles Profil der Einrichtung

- Konzeptbewusstsein im Team durch demokratisches Leitungsverhalten entwickeln
- Beförderung der Identifikation mit Leitbild und konzeptionellem Ansatz
- Treffen von Entscheidungen mehrheitlich im Team
- Pflege eines offenen und partnerschaftlichen Umgang miteinander
- Gezielte Qualifizierung zu einem kooperativen und aktivierenden Führungsstil zur Umsetzung der Konzeptentwicklung und Leitbilderarbeitung.

Themenkomplex 2 - Wertebewusstsein

- Auseinandersetzung der ErzieherInnen und LehrerInnen mit ihren eigenen Wertevorstellungen und deren Gewichtung
- Herausarbeitung von Werten und deren Einbettung in das pädagogische Profil im Rahmen konzeptioneller Diskussion
- Beschäftigung mit Werten mit Hilfe von geeigneten Spielmaterial und das Anwenden von alltäglichen Ritualen um das Wertebewusstsein der Kinder zu entwickeln bzw. zu unterstützen.
- Nutzung der Fach- und Teamberatungen zur Orientierung und Klärung von Werten.
- Angebot an themenzentrierten Elternabenden und Gesprächen als Möglichkeit zur Beschäftigung mit Werten.

Themenkomplex 3 - Vielfaltförderung

- Wahrnehmung von Vielfalt in Bezug auf die Kinder, den Tagesablauf, Angebote, Methoden und Bildungsprozesse
- Vielfaltförderung als ein pädagogisches Konzept betrachten
- Freude und Interesse der Erzieherinnen und LehrerInnen am Neuem, Anderen und Fremden fördern und erhalten
- Vielfaltförderung als Querschnittsaufgabe begreifen

- Weiterbildungen, aber auch Angebote des Methodenlernens sowie Supervision oder Fallberatung sind geeignete Möglichkeiten um die Vielfalt des „Anders sein“ bewusst aufzugreifen.

Themenkomplex 4 - Demokratie

- Vermittlung einer demokratischen Lebensauffassung in Familie, Kindertageseinrichtung und Schule.
- Förderung eines demokratischen Umgangs in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen bezogen auf Prozesse im Team, mit Eltern und mit Kindern
- Vorbildwirkung für Kinder durch Praktizieren eines gleichberechtigten Miteinanders im gesamten Lebensraum „Kindertageseinrichtung“ bzw. „Grundschule“
- PädagogInnen machen Demokratie zu ihrem Anliegen
- Leitungsfachkräfte tragen Verantwortung, inwieweit ein demokratischer Umgang von der Konzepterarbeitung über Teamgespräche bis hin zur grundsätzlichen Beteiligung von Kindern und Eltern zum Tragen kommt.
- Einrichtungsbezogene Reflexion zum eigenen demokratischen Selbstverständnis, das Hinterfragen zum partnerschaftlichen Miteinander und die Klärung einer grundsätzlichen Beteiligung von Kindern.
- Kopplung der Demokratie-Erziehung mit einem kreativen Lernprozess

Themenkomplex 5 - Partizipation bezogen auf Team, Kinder, Eltern

- Dienstberatung und Teamabsprachen als Dreh- und Angelpunkt für die Wichtigkeit von demokratischen, kooperativen und kommunikativen Prozessen.
- Stärkung der Beteiligungskompetenz der ErzieherInnen und LehrerInnen durch Qualifikation.
- Erweiterung der Kompetenzen in der didaktischen Umsetzung von Beteiligungsformen und im Bereich Rhetorik, Kommunikation und Moderation
- Vermittlung von Kenntnissen über die Voraussetzungen der Beteiligung und Gestaltungsräume
- Pädagogische Fachkräfte müssen sich mit ihren persönlichen Einstellungen, Vorstellungen und Anforderungen gegenüber Müttern, Vätern und damit auch Kindern auseinandersetzen.

- Interaktions- und Kommunikationswissen für die Gestaltung von Elterngesprächen und anderen Angeboten zur Elternarbeit
- Sicherstellung einer einrichtungsbezogenen Vielfalt von Angeboten zur Elternbeteiligung
- Angebote zur Elternbildung anregen und umsetzen.

Themenkomplex 6 - Kommunikation

- Anwendung von gruppenpädagogischen Methoden verbunden mit einem ritualen Charakter im Tagesablauf in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen.
- Eröffnung von Möglichkeitsräumen zum Meinungsaustausch für Kinder im Grundschulalter.
- Schaffung von Gelegenheiten zum freien Gedanken- und Ideenaustausch.
- Gemeinsame Aufstellung von Regeln im Gruppen- und Klassenverband und deren Visualisierung.
- PädagogInnen sollten Konflikte in der Kindertageseinrichtung und Grundschule als soziales Lernen begreifen und Kinder bei eigenen Lösungsvorschlägen ernst nehmen und begleiten.
- Regelmäßiger kollegialer Austausch zwischen den Fachkräften kann als Plattform dienen, um Optionen einer konstruktiven Konfliktlösung herauszufinden.
- Der Einsatz von Feedback als eine wichtige Ressource zur Verbesserung der Kommunikation.
- Fort- und Weiterbildung zu den Methoden einer wertschätzenden und gewaltfreie Kommunikation.
- Gestaltung der Räume ist Grundlage, inwieweit vielfältige Interaktions- und Kommunikationsformen entwickelt werden können (z.B. bewegliches Mobiliar, mit denen Kinder selbst Kommunikationsräume schaffen können).
- Schaffung einer Gesprächsatmosphäre, die durch Akzeptanz, Offenheit, Vertrauen und Freundlichkeit gekennzeichnet ist.
- Fachberatung gemäß § 15a ThürKitaG sollte Impulse zur Förderung von vielfältigen Interaktions- und Kommunikationsformen geben und insbesondere auf die Einbeziehung von Kindern bei der Erarbeitung von Gruppenregeln aufmerksam machen.

Themenkomplex 7 - Kooperation

- Bereicherung der gemeinsamen Dialogkultur zwischen den Fachkräften aus Kindertageseinrichtung und Grundschulen um Aspekte der Werterziehung, Vielfaltförderung und Demokratiestärkung
- Nutzen von Kompetenzen anderer lokaler Akteure im Gemeinwesen.
- Entwicklung von Maßnahmen zur Weiterentwicklung für das Kooperations-team unter den Gesichtspunkten einer gemeinsamen Verständigung über die pädagogischen Schwerpunkte hinsichtlich der Wertevermittlung, Beteiligungsorientierung und Kommunikation.
- Gemeinsame Ausgestaltung von Elternabenden.
- Benennung von festen Ansprechpartnern für die Kooperation in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen.

Themenkomplex 8 - Gemeinwesen

- Initiierung von Partizipationsprojekten, welche persönliche Kontakte zur Politik herstellen.
- ErzieherInnen, LehrerInnen und VertreterInnen der kommunalen Politik schaffen in einer Verantwortungsgemeinschaft Erfahrungsräume zum Mitwirken von Kindern.
- Fachberatung für Kindertageseinrichtungen, aber auch die verantwortlichen Fachkräfte für die Grundschulen müssen durch eine konzeptionelle Beratung auf die Bedeutung des Gemeinwesenbezuges aufmerksam machen und entsprechende fachliche Eckpfeiler zur Erweiterung der Nutzung lokaler Ressourcen vermitteln.
- Die vielfach praktizierte dekorative Mitwirkung oder eine sogenannte Alibi-Teilnahme sind kritisch zu hinterfragen.
- Qualifizierung, Weiterbildung und Beratung der pädagogischen Fachkräfte hinsichtlich des nachhaltigen Nutzens der Fähigkeiten von Personen aus dem Stadtteil oder der Gemeinde für gemeinsame zu verstetigende Projekte (welche auch ihrer konzeptionellen Verortung in das Profil der Einrichtung bedürfen).

5. Empfehlungen für eine lokale Gesamtstrategie (Schlussbetrachtung)

Die Befragung der pädagogischen Fachkräfte aus Kindertageseinrichtungen und Grundschulen im Rahmen von leitfadengestützten Interviews bestätigen einen Handlungsbedarf in Bezug auf die Stärkung demokratischer Strukturen und Prozesse und die Notwendigkeit der offensiven Auseinandersetzung mit personalen, sozialen und interkulturellen Kompetenzen und Einstellungen. Als Zielgruppe sind Kinder, Eltern und die pädagogischen Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen in den Blick zu nehmen.

Die Bemühungen im Rahmen des Lokalen Aktionsplanes im Landkreis Sömmerda sollen die moralische und soziokulturelle Erziehung und Bildung von Kindern in Elternhaus, Kindertageseinrichtungen und Grundschulen bewusst machen und unterstützen. Die frühe Förderung der sozialen und emotionalen Kompetenzen der Kinder sowie die Unterstützung der Eltern, anderer Erziehungsverantwortlichen und pädagogischer Fachkräfte wird als gewichtiger Baustein im Bemühen, antidemokratische Einstellungen und extremistische Haltungen zu verhindern, angesehen.

Es gibt kein Patentrezept, wie frühkindliche Bildungseinrichtungen zu „Lernorten der Demokratie“ werden, sondern jede Einrichtung muss entsprechend ihres Profils ihren eigenen Weg finden. Pädagogen und Pädagoginnen müssen selbst Demokratie leben, nur so eröffnen sie den Kindern die Möglichkeit Demokratie zu erfahren, fassbar und lernbar zu machen. Dabei sind die Eltern wie auch die pädagogischen Fachkräfte im Kontext einer funktionierenden Erziehungspartnerschaft aufgefordert, Macht abzugeben und zu teilen. Kinder brauchen (Be)-Achtung!

Auf der Grundlage der Ergebnisse der Situations- und Ressourcenanalyse werden Empfehlungen unter dem Aspekt der primären Prävention für den Bereich der basalen, elementaren und primären Bildung und deren Querschnittswirkung aufgezeigt. Aus den Empfehlungen müssen im Kontext des Lokalen Aktionsplanes eindeutige Zielentwicklungen resultieren, die auf die Vermittlung von Wissen, auf Sensibilisierungsprozesse (z.B. gegenüber Vorurteilen) oder den Erwerb von Kompetenzen, aber auch auf Anerkennungs- und Partizipationserfahrungen setzen. Entscheidend

ist dabei, dass die pädagogischen Präventionsansätze weniger auf die Defizite fokussieren, sondern vielmehr den Kompetenzen und Ressourcen der Kinder, Eltern und pädagogischen Fachkräfte ansetzen und diese erweitern. Somit folgen sie einer Präventionslogik, die darauf zielt, unerwünschte bzw. als problematisch erachtete Orientierungen und Haltungen zu vermeiden und so positive Entwicklungsprozesse zu fördern (vgl. Glaser, Greuel, Johannsson, Münch 2011, S. 16).

Ziele und Strategien stellen eine wichtige Vorstufe zur Qualitätssicherung für zu entwickelnde Maßnahmen, Projektvorhaben und Aktionen dar.

Der Bericht empfiehlt die Konzentration auf drei Zielgruppen:

1. Kinder (im Alter von 0 bis unter 10 Jahre)
2. Eltern und andere erziehungsverantwortliche Personen
3. Pädagogische Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen

Differenziert in die zwei Handlungsfelder:

Bereich: Kindertageseinrichtungen

Kindertageseinrichtungen sind die ersten pädagogisch gestalteten öffentlichen Räume, in denen Kinder außerhalb der Familie ihre Beteiligungsmöglichkeiten im Alltag erfahren können. Demzufolge kommt Kindertageseinrichtungen als erste demokratische öffentliche Lernorte ein besonderer Stellenwert zu. Im Alltag der Kindertageseinrichtung begegnen Kinder zum ersten Mal anderen Strukturen, anderen Regeln, eine andere und größere soziale Gemeinschaft als sie aus der Familie kennen. Sie haben damit die Chance, demokratische Werte und Prinzipien als Grundorientierungen des alltäglichen Handelns zu erleben. Mit ihrer Einmischung entwickeln Kinder in der Kindertageseinrichtung zentrale politikrelevante Handlungskompetenzen – sie erleben Demokratie (nach *Himmelman*) als Lebensform.

Mit der Haltung und Kompetenz der pädagogischen Fachkräfte steht und fällt die Möglichkeit der Kinder, an Entscheidungen mitzuwirken – „Partizipation beginnt in den Köpfen der Erwachsenen“ (Hansen, Knauer und Friedrich 2004). Die Beteiligung von Kindern (als Unmündige) setzt immer voraus, dass die Erwachsenen als die

Mächtigen bereit sind, Macht abzugeben und für die notwendigen Partizipationsräume zu sorgen. Die pädagogischen Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen müssen eine intensivere Auseinandersetzung über Kinderrechte und deren Bedeutung für Kindertageseinrichtungen realisieren. Die Öffnung der Kindertageseinrichtung in den öffentlichen und auch politischen Raum ist notwendig. Dazu bedarf es eines qualifizierten Fachpersonals und einer veränderten pädagogischen Grundhaltung.

Projektorientierte Verfahren sind als Ausgangspunkt zur weiteren konzeptionellen Verankerung von demokratischen Prinzipien als besonders geeignet zu empfehlen. ErzieherInnen müssen über Dialogkompetenzen verfügen, die Perspektive der Kinder einnehmen können, Kindern die eigenen Ideen verständlich mitteilen und unterschiedliche Perspektiven austauschen können. Die eigene Konfliktfähigkeit spielt eine tragende Rolle, um die Aushandlung unterschiedlicher Interessen zu meistern. Unter dem Aspekt „Übergang in die Grundschule“ ist vor allem der Morgen/Erzählkreis als Wegbegleiter altersentsprechend ausgestaltet fortzuführen.

Die Kooperationsbeziehungen zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen bieten eine gute Möglichkeit, die gemeinsame Dialogkultur um Aspekte der Wert-erziehung, Vielfaltförderung und Demokratiestärkung zu erweitern. Dabei sollten auch Kompetenzen anderer lokaler Akteure wie Bürgermeister oder Einrichtungen wie Bibliotheken genutzt werden. Damit Kinder befähigt werden sich für die eigenen Angelegenheiten einzumischen sind ErzieherInnen, LehrerInnen und Vertreter der kommunalen Politik gleichermaßen gefordert Erfahrungsräume und eine Partizipationskultur zu schaffen. Dies stellt Anforderungen an die pädagogischen Fachkräfte die Öffnung der Kindertageseinrichtung oder Grundschule in den öffentlichen und politischen Raum dauerhaft zu praktizieren.

Die sensible Nathstelle im Bildungssystem - der Übergang von der Kita in die Grundschule - verlangt verdichtete Entwicklungsanforderungen und konzentrierte Lernprozesse an die Fachkräfte beider Einrichtungen. Hier können Kooperationserfahrungen für das Zusammenwirken mit anderen lokalen Akteuren nutzbar gemacht werden.

Fachkräfte zur Partizipation zu ermutigen wird nur gelingen, wenn diese selbst partizipieren dürfen und Entscheidungsmacht haben, wie weit sie sich auf Partizipation

einlassen. An dieser Stelle nehmen die Leitungsfachkräfte in ihrer Rolle als Führungskraft eine zentrale Bedeutung ein. Eine teamorientierte Dialogkultur in Form von kooperativen Absprachen und Dienstberatungen sind mittels externer Moderatoren oder durch Supervisionsmöglichkeiten weiterzuqualifizieren. Veränderte Methoden als Impulsgeber zur Partizipation sollten trotz geringer Zeitressourcen zum Tragen kommen (z.B. Methode Zukunftswerkstatt). Durch diese ergänzenden Formen der des kollegialen Miteinanders kann außerdem der Methodeneinsatz hinsichtlich Visualisierung erweitert werden. Davon werden auch die zur Elterninformation angewandten Wandzeitungen oder Aushänge profitieren. Diese sind mit kindgerechtem Visualisierungs-Know-How wie Symbole und Bilder auch für Kinder nutzbar zu machen. Bilddokumentation von Planungs- und Entscheidungskompetenzen der Kinder z.B. in Form von Portfolios unterstützen Eltern und Kinder.

Die in der vorliegenden Situations- und Ressourcenanalyse untersuchten Themenkomplexe: Konzeptionelles Profil der Einrichtung, Wertebewusstsein, Vielfaltförderung, Demokratie, Partizipation (bezogen auf Team, Kinder, Eltern), Kommunikation, Kooperation und Gemeinwesen sollten schrittweise einrichtungsbezogen im Team aufgegriffen werden und in eine jährliche Ist-Stand Analyse einbezogen werden. Für erkennbareren Qualifizierungs- und Fortbildungsbedarf sind geeignete Möglichkeiten zu suchen oder im Rahmen der Umsetzung des LAP im Landkreis Sömmerda zu initiieren. Dem Träger der Kindertageseinrichtungen kommt in diesem Kontext eine zentrale Verantwortungs- und Steuerungsfunktion zu. Für diesen Prozess kann auch eine professionelle externe Begleitung genutzt werden.

Die Arbeit mit Materialien wie der Thüringer Bildungsplan für Kinder bis 10 Jahre, der Nationale Kriterienkatalog „Pädagogische Qualität in Tageseinrichtungen für Kinder“, das Handbuch für Erzieherinnen zur Werte-, Demokratie- und Vielfaltförderung und die Arbeitsmaterialien „Demokratie von Anfang an“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung bieten eine strukturierte und praxisorientierte Grundlage, um auch die Auseinandersetzung mit Werten, Demokratie, Vielfalt, Kommunikation etc. in die Prozess der Qualitätsentwicklung zielgerichtet einzubinden und dies vor allem teamorientiert zu kommunizieren. Als Umsetzungshilfe für Partizipation ist die Rahmen des Projektes „Partizipation leben in Kindergarten und Grundschule“, welche in Zusammenarbeit des Instituts für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung

an der Universität Potsdam und dem Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur entstanden ist, zu empfehlen. Unter dem Aspekt soziales Lernen gibt eine Vielzahl an Praxiserprobungen, die zusammengefasst von der *Arbeitsstelle Rechts-extremismus und Fremdenfeindlichkeit des Deutschen Jugendinstitutes e.V.* veröffentlicht wurden (vgl. Rieker, 2004). Diese Projekte und Angebote, die in Hinblick auf soziales Lernen und Prävention verschiedene Schwerpunkte setzen, weisen ein breites Spektrum an Methoden für den pädagogischen Alltag in Kindertageseinrichtung und Schule auf (Curriculum zur Förderung sozialer und emotionaler Kompetenzen wie Empathie, Impulskontrolle, Umgang mit Ärger und Wut; Module zur Konfliktbearbeitung und zum Regellernen sowie deren Implementierung in den Schulalltag; Seminare mit Schulklassen, in denen unspezifische Gewaltprävention, wie Entspannung und Sensibilisierung großen Stellenwert hat; Projekte zur geschlechtssensiblen Arbeit, bei denen Jungen Gelegenheit erhalten, ihren Umgang mit Aggression zu modifizieren; Projekte zur Entwicklung von Vorurteilsbewusstsein; Ansätze zur Förderung von Partizipation und Entwicklung demokratischer Kultur in Kindergärten).

Der kritische Blick sowohl auf die räumlichen Gegebenheiten als auch auf die Ausstattung mit Spielmaterialien, Literatur und Medien ist unbedingt anzuregen. Literatur zum theoretischen Einstieg für Fachkräfte ist dabei genauso relevant wie Bücher in der Arbeit mit Kindern. Umfangreiche Tipps für Spiel- und Arbeitsmaterialien zur Vielfalt-, Werte- und Demokratieförderung werden vom Friedenskreis Halle e.V. resultierend aus dem Projekt „Kita ohne Rassismus“ gegeben. Für die Auseinandersetzung mit der Thematik sollten alle Fachkräfte die nötige Offenheit und den Mut besitzen, Praxisinseln, Projektideen und Erprobungsmodelle als Präventionsstrategie gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu entwickeln. Die Fachberatung für Kindertageseinrichtungen wird in ihrer Verantwortung gemäß den Bestimmungen des § 15a ThürKitaG die dafür notwendigen Anregungen und Impulse geben.

Bereich: Grundschulen

An die vielfältigen Erfahrungen in der Praxis in Form von projekt- und themenbezogenen Lernen ist anzuknüpfen. Dabei sollte der Fokus auf eine prinzipielle Orientierung am Kind gelegt werden, welche beinhaltet an den entwicklungspezifischen Be-

dingungen und Lebenswelten der Kinder anzusetzen und diese konzeptionell einzubinden. Aktivierende Methoden und eine konsequent beteiligungsorientierte Ausrichtung der pädagogischen Arbeit sind bedeutsam.

Die bereits an einigen Regelschulen und Gymnasien des Landkreises im Rahmen der schulbezogenen Jugendarbeit erprobten Angebote zu den Themen Schulklima und Schulkultur mit den Schwerpunkten Kommunikation und Teamfähigkeit sind in diesem Kontext als Beispiel zu nennen und sollten für den Bereich der Grundschulen entsprechend angepasst werden. Dieser Ansatz erscheint auch unter dem Fokus „Übergänge in weiterführende Schulen gestalten“ als besonders hervorzuheben. Demokratische Prozesse und Strukturen werden so nicht von der jeweiligen Schulform abhängig gemacht, sondern Demokratie wird als ein durchgängiges Prinzip in Schule verankert und gelebt.

Gleichbedeutendes ist in Bezug auf die noch nicht gelungene Verschmelzung von Unterricht und Hort zu fordern. Die Struktur von Unterricht und Hort als ein ganztägiges Bildungs- und Betreuungsangebot ist unter konzeptionellem Aspekt die Chance für Aufklärung, Wissensvermittlung, Mitgestaltung und Miterleben, gemeinsames Lernen und Erfahren, die Anerkennung von Vielfalt und Verschiedenheit und damit Wertebildung.

Für LehrerInnen und ErzieherInnen, insbesondere Schulleitung ergeben sich hohe Anforderungen die Ganztagschule als Lernraum für Partizipationskompetenz zu gestalten. Außerunterrichtliche Aktionsfelder (Arbeitsgemeinschaften, Projekte) als alleiniges Indiz zur Beteiligung am Schulleben sind mit Partizipationsmöglichkeiten im Unterricht zu verknüpfen. Anstrengungen sind zu unternehmen, um demokratiepädagogische Einsichten und Handlungskompetenzen in der Aus- und Fortbildung von pädagogischen Fachkräften zu vermitteln.

Fördernde und bildende Angebote die auf die jeweiligen Bedürfnisse der Schüler eingehen und Möglichkeitsräume eröffnen, ohne offen und beliebig zu agieren, können den Kindern die Gelegenheit geben Neigungen zu entwickeln. Bereits in der Untersuchung im Jahr 1999 im Landkreis Sömmerda wurde die schulische Partizipation erheblich bedeutsam als „Schutz“ vor rechtsextremen Orientierungen gewertet. Die Frage, wie Kinder ermutigt werden können, Beteiligungsmöglichkeiten wahrzunehmen, bestehende Beteiligungsrechte einzufordern und auszufüllen und diese als

Chance demokratischer Gestaltung von Gemeinschaft in und auch außerhalb der Schule zu begreifen, müssen sich Fachkräfte stellen.

Aktive Demokratieerfahrungen an Schulen zu schaffen kann zum einen über Veränderungen der Unterrichtsmethoden und verstärkte Projektarbeit und zum anderen über den Ausbau der Mitbestimmungsmöglichkeiten der Schüler an Schulen sowie die Kooperation der Schulen mit außerschulischen Partnern (Gemeinden, Jugendhilfe, Unternehmen) erreicht werden.

Beteiligungsmöglichkeiten können z.B. sein: der Aufbau einer Schülervertretung in Grundschulen, Streitschlichtung durch Schüler, Mitarbeit am Schulprogramm, Mitwirkung bei der Auswahl der Unterrichtsthemen und -inhalte, Klassen- und/oder Schulräte im Sinne einer „just Community“⁷. Es können aber auch Aufgaben für die Schule übernommen werden, wie dies z.B. Schülerassistenten durch selbstständig organisierte Pausen- und Freizeitangebote oder Schülerlotsen durch die Übernahme von Verantwortung für den Schulweg.

Auf der Unterrichtsebene können Programme zum sozialen Lernen, fächerverbindende Projekte, Methodentrainings für Lehrende und Lernende, Formen der Freiarbeit und des Werkstattunterrichts angewandt werden. Ziel ist es, den Kindern Lernanlässe zu bieten, die es ermöglichen Selbstkompetenz zu entwickeln, die zu einer gelungenen Lebensgestaltung befähigt und im Umgang miteinander (Partnerbeziehung, Team, Gesellschaft) Sozialkompetenz zu entwickeln.

⁷ Die Idee der gerechten Schulgemeinschaft (Just Community School) wurde vom amerikanischen Psychologen und Pädagogen Lawrence Kohlberg entwickelt und stellt eine praktische Umsetzung seiner in den 60er-Jahren des 20. Jahrhunderts entwickelten Theorie der Moralentwicklung dar (Kohlberg 1987, 1995). Das dahinterliegende Konzept baut auf Piagets (1972) konstruktivistisch-strukturgenetischem Ansatz auf, wonach sich das moralische Urteil der Menschen in der kommunikativen Interaktion mit anderen Menschen entwickelt. Die konkrete Ausgestaltung nimmt dabei J. Deweys (1933) Konzept des erfahrungsbasierten Lernens in einer demokratisch gestalteten Gemeinschaft auf.

Literaturempfehlung: Michael Luterbacher, Wolfgang Althof (2007): Schüler lernen streiten. Aufbau einer konstruktiven Konfliktkultur in der Just-Community Schule. In Die Mühen der Freiheit. Probleme und Chancen der Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Zürich / Chur: Rüegger, 137-162.

Weiterbildungs-, Qualifizierungs- und Beratungsmaßnahmen für die pädagogischen Fachkräfte sind für eine ganzheitlich ansetzende Förderung von Kindern unabdingbar. Die Vermittlung von Kenntnissen in der Didaktik und Methodik in den Bereichen des sozialen Lernens, der Partizipation sowie der Werteförderung sind besonders hervorzuheben. Ein thematisch und methodisch breit gefächertes Bildungsangebot für ErzieherInnen und LehrerInnen im Verbund ist anzuregen.

Für Führungskräfte, SchulleiterInnen und HortkoordinatorInnen ist Bedarf im Bereich der Weiterqualifizierung zu den Themen kooperative Konzeptentwicklung und Kommunikation (insbesondere Dienstberatungen als diskursive Möglichkeit zur Demokratie und Partizipation) zu sehen.

Für beide Handlungsfelder gilt:

Eltern und andere erziehungsverantwortliche Personen

Eltern stellen in zweifacher Hinsicht wichtige Partner zur Umsetzung einer lokalen Gesamtstrategie dar. Zum einen müssen vielfältige Möglichkeiten gegeben werden, dass Eltern die Erziehungspartnerschaft in Kindertageseinrichtungen und Grundschule mitgestalten. Besonders notwendig ist dabei die Sicht auf Eltern zu verändern. Eltern dürfen nicht ausschließlich als geselliger Unterstützer bei Feiern und Festen betrachtet werden, sondern sollten auch in die konzeptionelle Arbeit der Einrichtung aktiv einbezogen werden. Das verlangt mehr als nur gelegentliche gemeinsame Aktivitäten. Partizipation können Eltern nur wirksam ausüben, wenn ihnen auch entsprechende Erfahrungsräume angeboten werden. ErzieherInnen und LehrerInnen sind im Hinblick auf die Gestaltung von Elternabenden bzw. Elternversammlungen dahingehend zu schulen, dass Mütter und Väter Lernformen ihrer Kinder (Stuhlkreis, Gruppenarbeit) selbst erfahren und dadurch auch voneinander lernen können.

Zum anderen sollten Eltern über die Belange ihres Kindes hinaus für eine Bereitschaft zum bürgerschaftlichen Engagement gestärkt werden und die Verantwortungsübernahme für ein tolerantes und wertschätzendes Miteinander zeigen. Eine qualifizierte und engagierte Auseinandersetzung zwischen Eltern und pädagogischen Fachkräften mit den Themenfeldern Werte, Demokratie, Vielfalt und Kommunikation ist anzuregen, um Eltern als Partner in die Vorhaben des Lokalen Aktionsplanes intensiv einzubinden.

Eltern als Bündnispartner zu gewinnen bedarf es einer Vielzahl unterschiedlicher Elemente der Elternarbeit, die zielgerichtet eingesetzt werden müssen. Eine Vielfalt von Angeboten zur Elternbeteiligung stellt sicher, dass auch die ganze Vielfalt von Eltern zum Mitmachen angeregt werden kann. Angebote zur Elternbildung sind in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen zu befördern, um die Erziehungspartnerschaft zu einer Bildungspartnerschaft auszubauen. Wie die Erziehung soll auch die Bildung zur gemeinsamen Aufgabe werden, die von beiden Seiten verantwortet wird. Wenn Eltern eingeladen werden, ihr Wissen, ihre Kompetenzen oder ihre Interessen in die Kindertageseinrichtung einzubringen, erweitert sich das Bildungsangebot. Wenn Eltern mit Kindern diskutieren, in Kleingruppen oder Einzelgesprächen, bringen sie andere Sichtweisen und Bildungsperspektiven ein.

Denk- und Praxisansätze aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern sollten zum Tragen kommen. Dies bedeutet, dass nicht nur ein Partner dominiert, sondern sich die unterschiedlichen Beteiligten möglichst „auf gleicher Augenhöhe“ begegnen.

Lokal einflussreiche staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure

Zielgruppen der einflussreichen Akteure der lokalen Ebene aus den Verwaltungen, den Institutionen, den Trägern, den Vereinen und Verbänden, den Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden, den politischen Parteien, den Trägern von Einrichtungen, den Beratungsnetzwerken, der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Polizei, der Justiz sind verstärkt anzusprechen, um sie für die Themen des Lokalen Aktionsplans zu aktivieren und damit erfolgreiche soziale Netzwerke vor Ort zu bilden.

Die bestehenden Netzwerke, Bündnisse und Kooperationsstrukturen innerhalb des Landkreises bilden eine gute Ausgangslage für das weitere Vorgehen. Die kommunale Jugendhilfeplanung mit ihrer Querschnittsfunktion kann dazu beitragen, die Potentiale der einzelnen Netzwerke und Kooperationen zu bündeln und in die Strategie des Lokalen Aktionsplans zu integrieren.

Durch einen sozialräumlichen Ansatz, d.h. die Umsetzung der Angebote im Gemeinwesen (Kindertageseinrichtung und Schule) ist die Möglichkeit gegeben die Gemeinden im ländlichen Raum hin zu einem funktionsfähigen Gemeinwesen mit Blick auf Toleranz, Weltoffenheit, Demokratie und Solidarität zu unterstützen. Unter

dem Aspekt „Lokale Bildungslandschaften“ können so die unterschiedlichen Bildungsorte, Bildungsträger, Bildungsgelegenheiten und die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in eine Gesamtstrategie münden.

Gleichsam wie die sozialräumliche Perspektive bedarf es einer geschlechtersensiblen Ausrichtung der Maßnahmen und Aktivitäten, um die Strategie des Gender Mainstreaming zu unterstützen. Dem Abbau von Benachteiligungen kommt dabei eine ebenso eine besondere Bedeutung zu, wie der Dekonstruktion von Vorurteilen und geschlechtsbezogenen Stereotypen.

Die gesellschaftlich notwendige und schulpolitisch gewollte Befähigung von Kindern und Jugendlichen zur bürgerschaftlichen Partizipation im demokratisch verfassten Gemeinwesen kann von Kindertageseinrichtungen und Schule nicht allein geleistet werden. Das öffentliche Handlungsfeld Kommune sollte mit einbezogen werden, um soziale und politische Partizipation zu erfahren und zu erlernen. Um Kindern und Jugendlichen die Aneignung bürgerschaftlicher Partizipationskompetenz zu ermöglichen müssen entsprechende Aneignungsbedingungen und Prozesse optimiert werden. Nicht zuletzt, weil bürgerschaftliche Kompetenz mithin soziale und politische Kompetenz umfasst. VertreterInnen kommunalpolitischer Gremien sind aufgefordert sich aktiv als Partner einzubringen. Mitglieder des Jugendhilfeausschusses und des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport sind besonders angesprochen die Ideenschmiede und Praxisinseln mit ihrem Wissen zu unterstützen.

6. Literatur

- *Bamler, V.:* ErzieherInnen im Dialog mit Müttern und Vätern. In: *Rieder-Aigner, H. (Hrsg.):* Zukunfts-Handbuch Kindertageseinrichtungen, Bildung & Soziales, Regensburg 2011, Ziffer 3.12., S. 1 -12
- *Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.):* Kinder- und Jugendbeteiligung in Deutschland. Entwicklungsstand und Handlungsansätze. Gütersloh 2007
- *Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.):* Kinder- und Jugendpartizipation in Deutschland. Daten, Fakten, Perspektiven. Gütersloh 2005
- *Bertelsmann-Stiftung (Hrsg.):* Deutscher Lernatlas - Ergebnisbericht 2011. Gütersloh 2011
- *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.):* Bundesprogramm: Toleranz fördern – Kompetenz stärken. Lokale Aktionspläne. Arbeitshilfe zur Entwicklung, Implementierung und nachhaltigen Sicherung. Stand: 30.03.2011.
- *Decker, O. u. a.:* Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Berlin 2010
- *Deutsche Kinder- und Jugendstiftung (Hrsg.):* Demokratie von Anfang an. Arbeitshilfen für die Kitapraxis. 1. Auflage. Berlin 2010
- *Frindte, W./Neumann, J.:* Ausgangslagen und Entwicklungen rechtsextremer Einstellungen und Wahlpräferenzen bei jungen Menschen und daraus abzuleitende Handlungsfelder und Maßnahmen der Jugendhilfe. Abschlussbericht: Motiv- und Entwicklungslagen von Jugendlichen mit rechtsextremen Orientierungen – Ein Regionenvergleich zwischen der Stadt Altenburg und dem Landkreis Sömmerda. Jena 1999
- *Gernert, Wolfgang:* Jugendhilfe – Einführung in die sozialpädagogische Praxis, München u. Basel 1993
- *Glaser, M./Greuel, F./Johannson, S./Münch, A.V:* Etablierte Praxis, neue Herausforderungen. In: DJI Impulse, Ausgabe 2/2011, S.15-17
- *Hansen. R./Knauer, R./Friedrich, B.:* Die Kinderstube der Demokratie. Partizipation in Kindertageseinrichtungen. Kiel 2004
- *Himmelmann, G.:* Demokratie – Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform. Schwalbach 2007
- *Knauf, T.* Der Einfluss pädagogischer Konzepte auf die Qualitätsentwicklung in Kindertageseinrichtungen. In: *Fthenakis, W. (Hrsg.):* Elementarpädagogik nach PISA. Freiburg 2003, S. 243-263

- *Krenz, A.:* Qualität der Kindertagesstätten: eine Herausforderung für alle! In: WWD 2002, Ausgabe 76, S. 18-20
- *Krenz, A.:* Die Konzeption – Grundlage und Visitenkarte einer Kindertagesstätte. Hilfen zur Erstellung und Überarbeitung von Einrichtungskonzeptionen. Konzeptbuch Kindergarten. 3. Auflage, Freiburg 1996
- *Landkreis Sömmerda, Jugendamt:* Planung der Aufgabenfelder der Jugendhilfe. Fortschreibung für den Planungszeitraum 2012. Sömmerda 2011
- *Landkreis Sömmerda, Jugendamt:* Aufgabenfelder der Jugendhilfe, Bedarfsplanung zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege, Fortschreibung Kindergartenjahr 2011/2012. Sömmerda 2011
- *Landkreis Sömmerda, Jugendamt:* Fachkonzeption – Aufgaben und Leistungen des Landkreises Sömmerda zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Kindertagespflege vom 07.10.2010. Sömmerda 2010
- *Landkreis Sömmerda, Schulverwaltungsamt:* Schulnetzplanung des Landkreises Sömmerda, Fortschreibung 2012-2017. Sömmerda 2011
- *Landkreis Sömmerda, Schulverwaltungsamt:* Leitlinien zur Weiterentwicklung der Grundschulen im Landkreis Sömmerda vom 14.12.2007. Sömmerda 2007
- *Landkreis Sömmerda, Schulverwaltungsamt:* Weiterentwicklung der Thüringer Grundschule. Rahmenkonzept für Erprobungsmodelle, Landkreis Sömmerda vom 21.01.2008. Sömmerda 2008
- *Müller, C./ Ranft, M./Weishaupt, H. (Friedenskreis Halle e.V. Hrsg.):* Handbuch für Erzieherinnen zur Werte-, Demokratie- und Vielfaltförderung. Anregungen für die Arbeit in Kindertagesstätten. Halle 2010
- *Rieker, P.:* Der frühe Vogel fängt den Wurm!? Soziales Lernen und Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Kindergarten und Grundschule, Deutsches Jugendinstitut e.V., Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, Halle 2004
- *Schmitt, K./ Wolff, J.H.:* Staatsaufgaben und Staatsausgaben. Ergebnisse des Thüringen-Monitors. Jena 2011
- *Sturzbecher, D./ Dietrich, P.S. (Hrsg.):* Umsetzungshilfe - Partizipation leben in Kindergarten und Schule. 1. Auflage Potsdam 2010
- *Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit:* Thüringer Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit. Erfurt August 2011
- *Thüringer Kultusministerium:* Thüringer Bildungsplan für Kinder bis 10 Jahre. Erfurt. Stand August 2008

- *Thüringer Innenministerium*: Pressemappe – Politisch motivierte Kriminalität 2010. Erfurt 2010
- *Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.)*: 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Erfurt 2009
- *Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit*: Sozialstrukturatlas. Basisinformationen über die Lebenslagen der Bevölkerung in Thüringen. Erfurt. Mai 2011
- *Tietze, W./Viernickel, S. (Hrsg.)*: Pädagogische Qualität in Tageseinrichtungen für Kinder. Ein nationaler Kriterienkatalog. Berlin 2002
- *Weil, Th./ Koch, H. (Hrsg.)*: Situations- und Ressourcenanalyse zu Rechten Strukturen in der Otto-Dix-Stadt Gera: Wissenschaftlicher Bericht für den Lokalen Aktionsplan der Stadt Gera. Gera 30.12.2010

Gesetze/Richtlinien:

- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBl. S.1), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 29. Juli 2009 (BGBl. I S. 2248)
- SGB VIII Sozialgesetzbuch (SGB) Aches Buch (VIII) - Kinder- und Jugendhilfe - in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Dezember 1998 (BGBl. I S. 3134), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2403)
- Thüringer Gesetz über die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege als Ausführungsgesetz zum Achten Buch Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – (Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz – ThürKitaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Dezember 2005 (GVBl. S. 365, 2006 S. 51), geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 16. Dezember 2008 (GVBl. S. 556), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 04. Mai 2010
- Thüringer Kinder- und Jugendhilfe-Ausführungsgesetz (ThürKJHAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 2006 (GVBl. S. 1), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 16. Dezember 2008 (GVBl. S. 553) sowie durch Art.1 des Gesetzes vom 16. Dezember 2008 (GVBl. S.556)
- Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit: Richtlinie: Förderung von Maßnahmen zur Umsetzung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit vom 01.05.2011. Erfurt 28.04.2011
- Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur: Ermessensgrundsätze des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft für die Beurteilung von Konzeptionen der Kindertageseinrichtungen im Rahmen des Betriebser-

laubnisverfahrens gemäß § 45 ACHTES Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII)
i.V.m. § 9 Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz (ThürKitaG). Erfurt
01.08.2011

- Thüringer Schulgesetz (ThürSchulG) vom 6. August 1993 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. April 2003 zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20. Dezember 2010

Anhang